1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 34 vom 24. August 1984 18. Jahrgang 1 DM

Diese Woche

★★

Falsches Bild?

Entsetzt muß man sich fragen: Hat man denn von dem Mann die ganze Zeit ein falsches Bild gehabt? Heiner Geißler ruft die deutschen Männer dazu auf, vom Paschathron zu steigen, der Gleichberechtigung der Frau zum Durchbruch zu verhelfen. Ja eben dieser Geißler, der doch sonst so ganz anders aufgefallen ist. Sogar er selbst will sich dafür einsetzen, und er weiß auch schon wie.

Denn worüber Frauen seit langem diskutieren, woran es denn liegt, daß es so ist und nicht anders wird — Freund Heiner hat die Lösung. Der Hauptgrund liegt in der starren Arbeitszeit der Frauen. Und da spätestens bricht die ganze Hoffnung zusammen. Was er als Frauenretter ausgeguckt hat, ist nichts anderes als „Kapovaz" (Arbeit auf Abruf). Kein falsches Bild, nur ein falscher Freund.

★★★

Nix loyal?

Der Postminister hat gehandelt. Seine leitenden Beamten seien zu wenig loyal, daran mußte er sie jetzt erinnern. Die Kritik an seinem Rabattangebot für Kabel war ihm denn doch zu weit gegangen. (Siehe auch Seite 2). Wenn der Minister was sagt, so Schwarz-Schilling, dann müßten das die Beamten auch erst einmal verteidigen, und die Politiker, die da unter ihm stehen auch.

So weit recht und gut, nur stürzt dieser feine Herr die anderen feinen Herren da in erhebliche Probleme. Verteidigen sie heute das, was er gestern gesagt hat, dann kann es ihnen schon passieren, daß sie seinen Aussagen widersprechen. Und immer schnell mal anrufen und fragen, was denn gerade Ministersache ist, ist auf Dauer auch nicht einfach. Der beste Weg für Schwarz-Schilling Loyalität oder doch zumindest keinen öffentlichen Widerspruch zu bekommen, wäre einfach, seinen Untergebenen Redeverbot zu erteilen. Und noch sicherer: sich selbst auch.

Neue reaktionäre Pläne in Bonn

Rentenversicherung teurer?

Auf 19 Prozent soll, wenn es nach jüngst in Bonn ausgearbeiteten Plänen geht, der Beitrag zur Rentenversicherung ansteigen — nach dem Motto „jedes Jahr mehr". Selbstverständlich nur, was die Beiträge betrifft, denn die bisherigen Rentenerhöhungen in den letzten Jahren — so es sie überhaupt gab und sie nicht „verschoben" wurden — lagen stets unterhalb der Teuerungsrate.

Diese neue Plan zeigt sehr deutlich wieder einmal, daß die Rentenversicherung bei allen Überlegungen der Reaktion, wie sie den Sozialabbau betreiben kann im Mittelpunkt steht. Werden die Rentner inzwischen nahezu schon jährlich um die ihnen zustehenden Erhöhungen betrogen, so ist es inzwischen auch schon schlimmer Brauch geworden, nahezu jährlich die Beiträge zu erhöhen.

Dabei spielt jedes Mal mehr eine Rolle, daß zwar diese Beiträge angehoben werden sollen, aber der sogenannte Arbeitgeberanteil dabei möglichst nicht berührt werden soll, es wird über eine Außerkraftsetzung der „paritätischen Bezahlung" spekuliert.

Wenn diese Erhöhung nicht komme, so war es am Montag aus Bonn zu hören, dann sei spätestens ab übernächstem Jahr die monatliche Deckungsgrenze der Reserve der Rentenversicherung in Gefahr — eine Reserve, die im Laufe der Jahre per Novellierungen auf eine immer kürzere Frist herabgesetzt worden war.

Der jetzt veröffentlichte Plan der Beitragserhöhung ist also ein weiterer Schritt dabei, die Rentenversicherung zur Sanierung der kapitalistischen Krise zu nutzen.

Sozialabbau — bei allen Maßnahmen der Regierungen ist immer die Rentenversicherung auch im Visier

Nach dem Tod von Sean Downes

Unruhe in Nordirland

Am 12. August wurde in Belfast der 22jährige Sean Downes von einem Plastikgeschoß der Polizei tödlich getroffen. (Der RM berichtete). Dieses 15. Todesopfer dieser gefährlichen Waffe hat unter der Bevölkerung Nordirlands große Empörung hervorgerufen. Sean Downes starb, weil er an einer Versammlung der republikanischen Sinn-Fein-Partei teilnahm, auf der der Vertreter einer nordamerikanischen Solidaritätsorganisation sprechen sollte. Ihm hatten die Behörden des von der britischen Imperialisten besetzten Staates die Einreise verweigert. Als Marvin Galvin aus den USA dann doch eingereist war und reden wollte, griff die Polizei mit einem brutalen Sturmlauf die Versammlung an, räumte Menschen mit Jeeps beiseite, feuerte wahllos in die Menge. Sean Downes starb bei diesem Überfall.

Seitdem gibt es immer wieder Demonstrationen, in Belfast und anderen Städten, auch Aktionen, Angriffe gegen die Polizei. Denn die verantwortliche Truppe, die Royal Ulster Constabulary (RUC) ist um keinen Deut besser als die britischen Besatzertruppen, die, oft in der Bundesrepublik ausgebildet, jeden Widerstand gegen die britischen Imperialisten brutal unterdrücken. Die RUC, die auch eine umstrittene „Sondereinheit Special Support Unit (SSU)" unterhält und sich an keinerlei Gesetze hält, ist nichts als ein bewaffneter Arm der britischen Besatzer. Dagegen zu kämpfen, den Tod des Sean Downes zu rächen, ist ein berechtigtes Anliegen vieler nordirischer Patrioten.

Mehr als fünf Monate im Streik:

Spendet für die Bergarbeiter!

In der vergangenen Woche berichteten wir von der großen Demonstration der Frauen der streikenden Bergarbeiter in London. Ihre Solidaritätsaktion für den Kampf um Arbeitsplätze und gegen Zechenstillegungen ist ein Beispiel für viele Solidaritätsaktionen. (Unser Bild zeigt Bergarbeiterfrauen auf dem Weg zur Kundgebung). Auch der Rote Morgen ruft auf, den Kampf der britischen Kumpel, die schon mehr als fünf Monate streiken, zu unterstützen. Wir veröffentlichen dafür nochmals den Spendenaufruf.

Spenden

(als Scheck oder Postanweisung)
an
National Union of Mineworkers (Kent Area)
Miners Office account 30131703
Waterside House
Cherry Tree Avenue
Dover CT 16 2 NJ, England
oder an Verlag RM
Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321000290,
(BLZ 44050199) Stichwort „Bergarbeiter"

Ausländerrechtliche Maßnahmen von SPD/Grünen

Rassistische CDU-Kampagne in Hessen

Die hessische Landesregierung hat, entsprechend dem Abkommen zwischen der SPD und den Grünen einige Maßnahmen im Ausländerrecht eingeleitet, die auf entschiedenen Widerstand der CDU in Bonn und Frankfurt stoßen. Obwohl die bisherigen Maßnahmen (vor allem im Nachzugsrecht) keinesfalls als weitgehend zu betrachten sind — andere stehen noch aus — hat die CDU in Hessen eine skrupellose, rassistisch begründete Kampagne gegen diese Maßnahmen gestartet.

Das Ziel dieser Kampagne ist klar: Es soll Angst mobilisiert werden, an die niedrigsten Instinkte appelliert. Hessen werde so zum „Schwamm" gemacht, der alle Ausländer aufsauge oder zum „Staubsauger aus Anatolien" — mit solchen Formulierungen wird bei dieser CDU-Kampagne durchweg, als Regel gearbeitet. Die von der CDU beschworenen „Folgen für Hessen" sind dann auch dementsprechend: Überfremdung, wachsende „deutsche" Arbeitslosigkeit und so weiter und so fort. Allesamt Argumente aus dem Arsenal der Neonazis, der Rassisten. Allesamt noch eine Spur offener als ein Zimmermann in Bonn seine ausländerfeindliche Politik begründet.

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentare

Reagan und Jalta

Die pausenlosen Tiraden, Reden oder auch entsprechende „Scherzchen" des Herrn Reagan zu kommentieren, wäre wahrhaft ein ebenso garstiges wie in weiten Bereichen heute schon überflüssiges Brot. Wenn er nicht mit seinem jüngsten Coup an ein Thema gerührt hätte, das erstens auch in vielen, ganz anderen, Kreisen diskutiert wird und das zweitens ohnehin ein „heikles Thema" ist.

Das Abkommen von Jalta — vor nun bald 40 Jahren geschlossen — war ihm aus Anlaß einer Rede vor polnischstämmigen US-Bürgern, Thema seiner jüngsten missionarischen Tätigkeit.

Seine Interpretation — wie stets — sehr einfach. Jalta, das sei das gemeinsame Abkommen gewesen, in allen vom Faschismus befreiten Ländern „die Demokratie" einzuführen, aus dieser Pflicht dürfe man die Sowjetunion nicht entlassen. Keinesfalls, so zog er gleich die Konsequenz aus dieser seiner Auffassung, werden es die USA hinnehmen, daß Jalta als ein Abkommen fungiert, das die Teilung Europas geschaffen habe und absichere.

Letzteres soll natürlich nur eines: Erneut das amerikanische Recht auf Einmischung in andere Länder, in diesem Fall in „den anderen Block" unterstreichen.

Was er andererseits nur herleiten kann, indem das Abkommen von Jalta, milde gesagt, ausgesprochen eigenwillig interpretiert wird. Hauptziele dieses Abkommens waren die Schaffung von Verhältnissen, die einen neuen Krieg ausschließen sollten und die Grundlagen des Faschismus beseitigen. Natürlicherweise waren unter den damaligen Bedingungen, wie die Kriege entstanden waren, territoriale Fragen ein wichtiger Punkt. Gebrochen wurde der Geist dieses Abkommens, wie auch der anderer, auf dieser Grundlage entstandener Verträge, wie etwa das Potsdamer Abkommen, durch die Nachkriegspolitik des USA-Imperialismus, der es war, der sich begann, Einflußzonen zu schaffen. Dabei mag es auch noch grundlegendere Aspekte dieser Frage geben, auf der Ebene, wie Reagan sie gestellt hat, ist die Sachlage eindeutig — er vertritt die Macht, die im Nachkriegseuropa alle Verträge brach.

Sinkende Beliebtheit

Sinkender Beliebtheit erfreut sich in diesen Tagen ausgerechnet der polnische Kardinal Glemp. Der Primas der katholischen Kirche Polens nahm — offensichtlich aus innenpolitischen Überlegungen heraus — Stellung zur Frage der „Deutschen" in Polen.

Warum diese überraschende Stellungnahme? Am ehesten erscheint es ein Grund, daß der Kardinal Befürchtungen hegte, die polnische Regierung werde mit ihrer Kampagne gegen den Bonner Revanchismus wieder Einfluß gewinnen. Denn daß im polnischen Volk die Sorge vor dieser westdeutschen Politik groß ist, ist eine altbekannte Tatsache.

Sehr bemüht, die ganze Frage im „seelsorgerischen" Bereich zu halten, erinnerte er an seinen jüngsten Besuch in der BRD, an die Haltung seines Vorgängers Wyschinski, an die Vereinbarungen mit der katholischen Kirche in der BRD. Und dennoch tat er Äußerungen, die gar nicht gefallen haben. Und zwar ausgerechnet in Bonn und in Springers Zentrale, wo man bisher so große Stücke — aus eindeutigen Gründen — auf den Kirchenmann hielt. Er stellte nämlich solche, in Bonner Augen so anrüchige Fragen wie „was ist denn das für ein Ausländer, der in seinem ganzen Leben noch nie ein Ausland sah?" Wie wahr, möchte man da sagen. Aber in die Bonner Pläne paßt das eben nicht. Mit „den Deutschen" in Polen scheint man noch was vorzuhaben, man braucht sie, immer wieder neue, es werden einfach nicht weniger. So ging es einst sehr ähnlich mit „den Deutschen" im Sudetenland...

Die sinkende Beliebtheit des Herrn Glemp hat natürlich ihre Ursache darin, daß es immer wieder Streit gibt, wenn verschiedene nationalistische Kräfte aufeinanderprallen, auch wenn sie sich sonst in noch so vielen reaktionären Bestrebungen einig sein mögen.

So fern es einem liegen mag, nun ausgerechnet Gelmp für eine positive politische Kraft zu halten — unwichtig ist es nicht, daß auch Kräfte aus dem offen bürgerlichen Lager in Polen gegen revanchistische Bestrebungen Stellung nehmen — und diese berüchtigte „Deutschenfrage" ist in der Tat eine revanchistische Taktik.

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

SPD will Korrektur am eigenen Werk

Weg mit dem „Antiterrorgesetz"!

Am Montag brachte die SPD im Bundestag einen Vorschlag zur Novellierung des Paragraphen 129 des Strafgesetzbuches ein — dem sogenannten Antiterrorgesetz. Diesem Vorschlag zufolge soll der Begriff „Werbung für eine terroristische Vereinigung" entfallen.

Die Begründung: Entgegen den Absichten des Gesetzgebers sei mit der Auslegung dieser Bestimmung durch die Gerichte auf die „Sympathiewerbung" ausgedehnt worden. Dies habe zu einer Einengung der politischen Freiheit geführt. Außerdem genüge es, wenn der Straftatbestand „Bildung einer terroristischen Vereinigung" aufrechterhalten werde, wie auch der Begriff der „Unterstützung" einer solchen Organisation.

Natürlich ist dieser Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion eine taktische Maßnahme, nicht etwa ein Beweis dafür, daß die Partei sich aus der Terroristenhatz ausklinken will, sie ist ja schließlich ganz ungeheuer staatstragend. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, gerade die liberal gesinnten Menschen, nicht zuletzt aus Kreisen des fortschrittlicheren Bürgertums wieder an die SPD heranzuführen. Denn mit dem Straftatbestand „Werbung" wurden ja bisher gerade solche Dinge verfolgt wie die Forderung nach besseren Haftbedingungen, die Kritik an der Justiz, die Dokumentation politischer Texte aus diesem Bereich. Sicher eine Maßnahme, die die Solidaritätsarbeit mit politischen Gefangenen in der BRD etwas erleichtern könnte — trotzdem keineswegs ein Schritt, der geeignet ist, die SPD glaubwürdiger zu machen.

Dies nicht in erster Linie wegen ihrer grundsätzlichen Haltung, wegen ihrer fortgesetzten Bejahung der Verfolgung verschiedenster Gruppierungen, wegen ihrer Argumentation es entstehe so keinesfalls eine Strafbarkeitslücke. Da war nichts anderes zu erwarten von einer Partei, deren Hauptbestreben es ist, sich dem Kapital als die bessere Regierungspartei anzubiedern.

Unglaubwürdig vor allen Dingen deshalb, weil auch dieser Vorschlag mit der üblichen Tour vorgebracht wird, jetzt sehe man eben, daß es doch nicht ganz so richtig gewesen sei.

Denn erstens war es so, daß von vornherein viele Kräfte, auch bürgerlich-demokratische, darauf hinwiesen, daß diese Gesetzgebung der damaligen SPD/FDP-Regierung große Gefahren für die politische Freiheit mit sich bringe.

Zweitens war es so, daß schon sehr kurze Zeit nach Verabschiedung dieser Gesetze deutlich wurde, daß diese Warnungen sehr berechtigt waren, daß es tatsächlich dazu kam, daß zahlreiche politische Meinungen, wenn sie auch nur leicht kritisch waren, verfolgt wurden.

Drittens war es so, daß die damalige Regierung und mit ihr die SPD-Bundestagsfraktion und die Parteiführung trotz dieser beiden Tatsachen auf dieser Gesetzgebung beharrten, sie verteidigten und weiter ausbauten.

Und viertens schließlich handelt es sich ja keinesfalls nur ganz direkt um diesen Paragraphen, sondern um ein ganzes Gesetzesbündel, erinnert sei hier nur an das eine Beispiel der Einschränkung der Rechte von Angeklagten, die allesamt eine Einengung politischer Rechte bedeuteten, und davon ist keine Rede bei dem jetzigen SPD-Vorstoß.

Diese ganzen Maßnahmen, die im berüchtigten „deutschen Herbst" des Jahres 1977 unter Helmut Schmidts Kanzlerschaft zu ihrem traurigen Höhepunkt führten, sie werden nach wie vor von der SPD-Führung für gut und richtig gehalten, sie werden nicht einmal erwähnt, außer positiv. Die damals lautstark beschworene Einigkeit angeblicher Demokraten gilt also im Grundsatz auch weiterhin und so kann dieser Vorstoß politisch zunächst einmal nur als Kosmetik bewertet werden. Zumal die Chancen der Durchsetzung auch noch so begrenzter Aufhebungen gegen den Widerstand des damals so geliebten CDU-Partners und des damaligen Krisenstabmitglieds Strauß kaum wahrscheinlich erscheint, was die SPD auch weiß, aber ebenfalls verschweigt.

Sicher ist jede Milderung dieser Gesetze zu begrüßen, aber die Forderung, unter der der Kampf für demokratische Rechte in diesem Bereich geführt werden muß, lautet ganz einfach: „Weg mit dem Antiterrorgesetz" und gemeint sein müssen damit die ganzen Maßnahmenbündel, die damals in der von Bonn aus geschaffenen Atmosphäre der Hysterie durchgepeitscht wurden.

Wie gut das heute noch funktioniert, wurde ja erst in den letzten Tagen deutlich, als aus dem Nichts eines angeblichen Attentats auf Rebmann der Renner in den Fernsehberichten wurde — ein nichtiger Anlaß, um wieder mal ein bißchen Hysterie zu schüren wurde voll genutzt.

Rassistische CDU-Kampagne

Fortsetzung von Seite 1

Daß verschiedene CDU-Kommunalpolitiker und Beamte angekündigt haben, sie würden den Erlassen des hessischen Innenministeriums keine Folge leisten, zeigt, wie sehr sie es auf eine harte Konfrontation anlegen wollen, wieviel sie sich von einer solchen reaktionären Kampagne versprechen. Daß andererseits der hessischen Landesregierung Rechtsbruch vorgeworfen wird, zeigt, wie sehr die CDU dazu bereit ist, ihre zentrale Macht in Bonn für diese Kampagne auszunützen.

Dabei muß man unterstreichen, daß die hessischen Regelungen nun wirklich nicht das sind, als was sie die CDU darstellen will, eine grundsätzliche Wende in der Ausländerpolitik — Ansatzpunkte dazu gibt es bestenfalls in den noch ausstehenden Punkten der Parteienvereinbarung von SPD und Grünen. Und wenn die SPD-Landesregierung jetzt schon betont, natürlich werde man sich — im Fall des Falles — den Bonner Verdikten zu beugen haben, dann wird doch daraus zumindest andererseits deutlich, daß die SPD wohl kein Interesse an einer offenen Ausfechtung eines Konflikts auf diesem Gebiet hat. Und auch kaum haben kann, betrachtet man sich die Geschichte der Ausländerpolitik in der BRD, wo die SPD stets an hervorragender Stelle im Katalog der ausländerfeindlichen Kräfte gestanden hat.

Ein Zugeständnis an die Grünen — und so arbeitet auch die CDU damit. Mit der Behauptung, die Grünen würden sozusagen „die Republik ins Chaos stürzen", die SPD ihnen dazu den Weg ebne. Wenn der hessische Innenminister meint, dies sei erst der Auftakt eines „Prozesses des Umdenkens" innerhalb der SPD, so muß er wahrscheinlich ein kühner Prophet sein, denn dieses Umdenken sieht sonst keiner. Am wenigsten sieht man das in Nordrhein-Westfalen, wo es sich am deutlichsten ausdrücken könnte, wenn die SPD wirklich umdenken würde. Stattdessen kann man bestenfalls ein Hin- und Hertaktieren sehen, zwischen Protest von unten — wie stark auch immer — und Druck von allen maßgeblichen Seiten, einschließlich der eigenen Parteirechten.

Zweifellos: Jeder Schritt, der dazu geeignet ist, die Lage der eingewanderten Arbeiter und ihrer Familien zu verbessern, ist zu begrüßen und zu unterstützen. Insofern sicher auch die hessischen Maßnahmen. Die entscheidende Frage aber, um überhaupt eine Wende in der „Ausländerpolitik" einleiten zu können, ist es, die grundsätzlichen reaktionären Thesen anzugreifen (wie etwa die — die jeder Wirklichkeit widerspricht — daß die BRD kein Einwanderungsland sei, nachdem Millionen faktisch eingewandert sind und rechtlos belassen wurden) und für die volle politische und soziale Gleichberechtigung der eingewanderten Arbeiter zu kämpfen.

Die Flucht nach vorne...

Schwarz-Schillings Ausverkauf

Jahrelang hatte die CDU ununterbrochen damit Propaganda gemacht, die bundesdeutschen Fernsehzuschauer warteten sozusagen mit Schaum vor dem Mund aufs Kabel. Jeder, der daran sachliche Kritik übte, wurde als Miesmacher diffamiert, die Interessen derer, die an der Sache viel verdienen wollten, standen kaum einmal zur Debatte.

Zum ersten Mal, nachdem ausgerechnet der Bundesrechnungshof die Zahlen des Ministers entzauberte, kam die Frage auf, wer denn wohl wie daran verdiene. Nun, mit des Ministers Flucht nach vorn, erst recht.

Die Reaktion, sie war nicht so, wie es die Werbestrategen verschiedener Konzerne für den Verkäufer Schwarz-Schilling ausgemalt hatten, bis zu 90 Prozent seien scharf darauf, hieß es, ein wichtiger Teil würde sich sehr schnell anschließen usw. usf. — nichts davon stimmt. Für die Post ein mögliches Verlustgeschäft — so hatte es der Rechnungshof ausgerechnet. Jetzt, mit dem angekündigten ein-Jahres-Rabatt, wird dieses Defizit noch viel größer werden.

Aber solche Geschäftemacher hat das noch nie interessiert. Schließlich geht es für sie darum, sich auf Kosten anderer, in diesem Fall eben der Post sprich Gelder der Allgemeinheit, zu bereichern. Ein Dämpfer auch für jene, die anscheinend meinten, am Kabel ginge kein Weg vorbei und zunehmend die Regierungspolitik übernahmen. Ein Beispiel dafür, wie hemmungslos hier Politik, Geschäftspolitik im Auftrag des Kapitals gemacht wird — aber wen wundert es, wenn man die familiären Beziehungen gerade dieses Ministers kennt?

Mit Billigung aus Bonn

Tornados nach Saudi-Arabien

BONN. — Mit der Entscheidung der Regierung Kohl, dem Export von 40 Jagdbombern vom Typ „Tornado" — einem westdeutsch-britisch-italienischen Gemeinschaftsprodukt — nach Saudi-Arabien zuzustimmen, ist eine neue Politik des Waffenexports eingeleitet worden.

Bislang war es gängige Praxis in Bonn, große Waffensysteme mit hoher Technologie nicht in sogenannte Spannungsgebiete zu exportieren. Die entsprechenden Bestimmungen waren zwar oft umgangen, vielfach außer Kraft gesetzt worden, sind aber noch nie so offen mißachtet worden, wie jetzt im Falle des Tornado-Exports.

Im Vertrag über Entwicklung und Produktion des Tornado war festgelegt worden, daß keines der drei Partnerländer, Bundesrepublik Deutschland, England und Italien den Tornado außerhalb der NATO exportieren darf, ohne die Zustimmung der anderen Länder, bzw. derer Regierungen zu haben.

Im Falle des britischen Exports von 40 Tornados nach Saudi-Arabien hat die Bundesregierung darauf verzichtet, ihr Vetorecht zu gebrauchen. So steht der Lieferung nichts mehr im Wege. Auffällig ist, daß die selbe Regierung beim Export der von Saudi-Arabien gewünschten Leopard-Panzer noch nicht zugestimmt hat, eben mit der Begründung, daß die Nah-Ost-Region ein Spannungsgebiet sei. So wird mit westdeutscher Unterstützung die saudische Armee mit einem der schlagkräftigsten, gleichermaßen für Angriff und Verteidigung geeigneten, Waffensystem ausgerüstet, daß es zur Zeit gibt. Dagegen hätte der im Gespräch gewesene Export von Leopard-Panzern relativ geringer die militärischen Kräfteverhältnisse beeinflußt. Sogar die Wochenzeitung „Zeit" schreibt dazu: „Er (der westdeutsche Beitrag zum Waffengeschäft, RM) wiegt, verglichen man die Kampfkraft pro Stück, hundertmal schwerer als die unter Druck der deutschen Öffentlichkeit vorerst gescheiterte Lieferung von ein paar hundert Kampfpanzern ‚Leo II'..." So wird man nicht lange zu warten brauchen, bis die für Waffenexporteure und die Rüstungsindustrie logische Frage auftaucht: Wenn man den „gefährlichen" Tornado nach Saudi-Arabien liefern darf, warum darf man dann nicht den „harmlosen" Kampfpanzer Leopard II liefern?



Das Waffensystem Tornado

Die SPD-Bundestagsfraktion will Front machen gegen den Waffenexport in Länder des Nahen Ostens. Das ist gut so. Aber darf auch nicht vergessen machen, daß das, was Karsten Voigt jetzt als „Weg zur Hölle" bezeichnet hat, unter der sozialliberalen Koalition begonnen wurde. Der Kriegsschiffsexport nach Lateinamerika, die U-Boote für Chile etwa wurden mit Zustimmung der Schmidt-Regierung abgewickelt. Im Vertrag über die westdeutsch-französischen Waffenproduktionen, die Projekte „Alpha-Jet" und „Milan-Rakete" gibt es keinerlei Auflagen, die verhindern, daß Frankreich die Waffen ohne westdeutsche Zustimmung verkaufen kann, an wen es will.

Auch die Lieferung schwerer Feldhaubitzen an die Saudis ging schon vor zwei Jahren auf das Konto der sozialliberalen Regierung. Und Unterseeboote, Fregatten, Haubitzen, Schnellfeuergewehre und gepanzerte Mannschaftswagen sind schon seit langem Exportschlager der expandierenden Rüstungsindustrie. Der „Weg zur Hölle" ist schon lange geebnet, die Wenderegierung beginnt ihn mit Volldampf zu befahren.

Prozeß um „Hitlers Tagebücher"

Brauner Sumpf und große Scheine

In Hamburg begann am vergangenen Dienstag der Prozeß um die größte Betrugsaffäre in der Mediengeschichte der Bundesrepublik. Die Angeklagten, der Militariahändler Konrad Kujau und seine Helferin Edith Liblang und der „Stern"-Star-Reporter Gerd Heidemann müssen sich wegen fortgesetzten Betrugs verantworten.

Die Angeklagten haben dem im Verlag Gruner und Jahr erscheinenden Magazin „Stern" gefälschte Tagebücher geliefert — angeblich von Adolf Hitler selbst geschrieben. Der Abdruck dieser Fälschungen wurde zum dicksten Presseskandal — nicht nur wegen der Schadenfreude der Konkurrenten — sondern weil viel über die Art und Weise bekannt wurde, wie derlei Geschichten „gemacht" werden.

Insgesamt 9,34 Millionen Mark ließ das Stern-Management sich diese Geschichte kosten, im Prozeß geht es jetzt unter anderem darum, zu klären, wo die Gelder geblieben sind. Kujau, der Fälscher, hat mindestens 1,577 Millionen Mark abgesahnt, Heidemann 1,725 Millionen Mark, der Rest fehlt. Geflossen sind diese Millionen sicherlich auch in die internationale Alt-Nazi-Szene, zu der vor allem Gerd Heidemann hervorragende Kontakte hatte. Mit der Aufdeckung der Fälschung ist nämlich auch einiges über den Umgang des *„hartnäckigsten, raffiniertesten Reporters in Deutschland"* (Originalton „Stern") bekanntgeworden. Nazi-Größen in aller Welt gehörten zu seinem Freundeskreis, er selbst sammelte „Reliquien" der Großen des Nazifaschismus — all das war der Redaktionsleitung nicht unbekannt. Sicher auch nicht eine erste große Story, die Heidmann dem Stern lieferte: Die Geschichte, wie Tschou En-lai während seines Studiums in Göttingen 1923 das Zimmermädchen Kunigunde Staufenbiel geschwängert habe. Tschou En-lai hat nie in Göttingen studiert, die ganze Geschichte war erlogen und erstunken, sie stand aber im Stern 1954. Autor: Gerd Heidemann.

Wenn es Leser bringt, vergessen die Verlagsmanager, die Chefredakteure der großen Illustrierten alles, das Scheckbuch ersetzt die Recherche. So wirft das Verfahren auch ein bezeichnendes Licht auf das Management von Gruner und Jahr, das bei Summen in der o. g. Größenordnung natürlich an den Entscheidungen beteiligt war. Als die Aussicht bestand, über eine derartige Sensationsstory Auflage zu machen, war alles das, was man so gern „journalistische Sorgfaltspflicht" nennt, nicht nur vergessen, nein es schadete der „größten Entdekkung des Jahrhunderts".

Daß ganz nebenbei der Stern mit diesem Skandal auch die letzten Reste seines manchmal wirklich enthüllenden und kritischen Journalismus verlor, ist nur ein weiteres Beispiel dafür, welche Folgen der Scheckbuch-Journalismus der Blätter der großen Konzerne hat.

Verkäufe aus Geldnot

Städtisches Grundeigentum im Ausverkauf

Um fast ein Drittel hat im letzten Jahr die Zahl der Grundstücksverkäufe der Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages zugenommen. Noch vor zehn Jahren war der Trend andersherum: Aufkäufe sollten dazu dienen, die Spekulation einzudämmen — was so, selbst wenn wirklich gewollt, natürlich nicht zu erreichen war.

Der Ausverkauf städtischen Grundbesitzes war im vergangenen Jahr eine der Hauptquellen kommunaler Finanzpolitik. Ein Versuch, die immer enger werdende Geldknappheit zu bekämpfen. Eine Geldknappheit, die vor allem dadurch entstand, daß vor allem die verschiedenen Bundesregierungen durch ihre unsoziale Politik der städtischen Sozialpolitik viele Ausgaben zusätzlich auflastete und die die bürgerlichen Politiker in den Kommunen ihrerseits mit Kürzungen, Streichungen und Gebührenerhöhungen weitergaben. Ein zweiter Faktor ist natürlich auch hier, auf dieser Ebene, die Verschuldung an die Banken, der immer höher wachsende Berg an Tilgung und Zinszahlungen.

Weiter wurde in dem Bericht des Städtetages deutlich, daß die Verkäufe vielfach „unter Preis" vor sich gehen. Hauptfaktor hierfür ist die sogenannte Wirtschaftsförderungspolitik, bei der sich die verschiedenen Städte gegenseitig dabei unterbieten, den Kapitalisten verkehrsgünstig gelegene Grundstücke anzubieten, zu einem möglichst tiefen Preis.

In der Tat ist dies eine kurzsichtige Politik, die bald an ihr Ende gelangen wird, ohne daß im Grundsatz auch nur andeutungsweise eine Änderung der Lage der Städte zu sehen ist. Gerade auf kommunaler Ebene gab es dazu in letzter Zeit die bekannten Vorstöße der Kapitalisten, meist vorgetragen über die verschiedenen IHKs, nun auch endlich Schluß zu machen mit dem Sozialklimbim und stattdessen noch mehr Wirtschaftsförderung — im kapitalistischen Sinne, versteht sich — zu betreiben. Sie interessiert eben nicht die Lage der Bevölkerung einer Stadt sondern interessant sind nur ihre Geschäfte. Und da sind die Städte nach kapitalistischer Praxis eben dafür zuständig, Boden, Versorgung und Verkehr für die Kapitalisten zu arrangieren.

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Zentralkomitee

Kommuniqué

Am 18./19. August fand in Kopenhagen ein Treffen zwischen Vertretern der DKP/ML (Kommunistische Partei Dänemarks / ML) und unserer Partei statt. Diskutiert und berichtet wurde über die politische Lage in den beiden Ländern, über Entwicklungen und Ereignisse im Klassenkampf. Neben der Diskussion über die Situation der Linken und revolutionären Bewegung nahm die Diskussion über die Lage unserer Parteien und die Vorstellungen über die weitere Entwicklung breiten Raum ein. Zum Abschluß wurden einige Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung angesprochen. Von beiden Seiten wurden diese Gespräche als sehr nützlich und sinnvoll angesehen und als gute Grundlage, um die Beziehungen zwischen den Parteien weiterzuentwickeln.

Reagans Wahnwitz im Spiegel der Karikatur

Sprachübungen — Abendzeitung

Hamburger Abendblatt



„Keine Sorge, das ist eine Sprechprobe." — tz, München



„Ha, ha, ha, die Leitung ist abgeklemmt." — Washington Post

Folgenden Kommentar haben wir mit freundlicher Genehmigung der neuesten Ausgabe der „RGO-Nachrichten" entnommen, die sich ansonsten auf 13 Seiten mit Berichten und Kommentaren zu den Streiks in der Metall- und Druckindustrie und den Tarifabschlüssen beschäftigt. Für die laufende Debatte nahezu unentbehrlich. Die „RGO-Nachrichten" können bestellt werden beim Koordinationsausschuß der RGO, Postfach 410332, 4600 Dortmund 41

Blüm — raus aus der IGM!

Diese Forderung wird inzwischen von immer mehr IGM-Mitgliedern, ja von ganzen Verwaltungsstellen gefordert. Die Ortsverwaltung Dortmund, bei der Blüm organisiert ist, hat sich in letzter Zeit schon mehrfach mit solchen Anträgen zuständigkeitshalber beschäftigen müssen. Bisher hat sie immer alle Anträge abgelehnt — mit mehr oder weniger fadenscheinigen Begründungen. Der Druck aus anderen Orten muß offenbar noch weiter verstärkt werden. Tun wir das unsrige dazu — gerade angesichts eines neuen Gesetzentwurfs aus dem Hause Blüm ist dies mehr als eine Pflichtübung für jeden aufrechten Gewerkschafter.

Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Nummer dürfte das Kabinett in Bonn den Entwurf des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes bereits verabschiedet haben. Für den 22. August stand dies jedenfalls auf der Tagesordnung.

Der im Juli veröffentlichte Referentenentwurf enthält noch maI einige Verschärfungen gegenüber einem ersten Entwurf, der im März herauskam. Vorerst zurückgestellt wurden die vorgesehenen Regelungen zur „Teilarbeitsfähigkeit", die eine Arbeitspflicht auch während einer Zeit der Krankschreibung begründet hätten. Ebenso die Anrechnung von Urlaub auf Kuren. Ein „Bonbon" des ersten Entwurfs „an die Gewerkschaften wurde ebenfalls entfernt — die Begrenzung von Überstunden — dies hätte sich, so Blüm, nach den Tarifabschlüssen erübrigt.

Blüms Entwurf enthält wie die Vorlage vom März:

- die Zulassung befristeter Arbeitsverträge auch ohne die bisher nötige sachliche Begründung bis hin zu einem Jahr (bzw. in Kleinbetrieben bis zu zwei Jahren);
- Verlängerung der Einsatzfrist für Leiharbeiter auf sechs (bisher drei) Monate.

Blüm hat neu in den Gesetzentwurf aufgenommen:

- Lehrstellenschacher soll durch die Auflockerung des Vermittlungsmonopols der Arbeitsämter den amtlichen Segen erhalten;
- Sozialpläne werden faktisch abgeschafft durch folgende Änderungen für die Bemessung von Sozialplänen — § 112 Betriebsverfassungsgesetz, Verfahren vor der Einigungsstelle — (zitiert nach „Handelsblatt"):
- „Die Sozialplanansprüche sollen beim Ausgleich oder bei der Milderung wirtschaftlicher Nachteile insbesondere Einkommensminderungen, Umzugskosten, erhöhte Fahrtkosten, Wegfall von Sonderleistungen oder den Verlust von Anwartschaften auf betriebliche Altersversorgung berücksichtigen.
- Der Aussicht der betroffenen Arbeitnehmer auf einen neuen Arbeitsplatz soll Rechnung getragen werden. So sollen Arbeitnehmer keine Leistung erhalten, die an einem zumutbaren Arbeitsplatz im selben Betrieb oder in einem anderen Betrieb des Unternehmens oder eines zum Konzern gehörenden Unternehmens weiter beschäftigt werden können und die Weiterbeschäftigung ablehnen. Die Weiterbeschäftigung an einem anderen Ort begründet nach dem Entwurf für sich allein nicht die Unzumutbarkeit des Arbeitsplatzes.
- Bei der Bessung des Gesamtbetrages der Sozialplanleistungen soll die Einigungsstelle darauf achten, daß der Fortbestand des Unternehmens oder die nach Durchführung der Betriebsänderung verbleibenden Arbeitsplätze nicht gefährdet werden.
- Der neugeschaffene § 112 a hebt die Schwelle der gebotenen Sozialpläne bei einem Personalabbau von bisher 5 Prozent auf künftig 10 bis 20 Prozent der Belegschaft (je nach Betriebsgröße, d. Red.). Außerdem werden Unternehmensneugründungen in den ersten vier Jahren von der Verpflichtung zu Sozialplänen ausgenommen."

Offensichtlich sollen Massenentlassungen in Zukunft noch einfacher werden. So kann z. B. der Siemens-Konzern einer Arbeiterin aus Witten in Westberlin einen Arbeitsplatz anbieten — lehnt sie ab, entfällt die Abfindung.

Dieses Gesetz ist eine begleitende Maßnahme zur „Flexibilisierung", wie sie die Unternehmer propagieren. Gleichzeitig sollen dadurch weitere sozialpartnerschaftliche Schutzrechte bzw. Sozialleistungen, die in der Krise den Kapitalisten zu teuer geworden sind, niedergerissen werden.

Anlaß genug nicht nur Blüms Rausschmiß aus der IGM verstärkt zu betreiben, sondern in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für konkrete Aktionen gegen diesen Gesetzentwurf einzutreten und zu mobilisieren.

Denkzettel?

CDU-Sprecher Wolter von Tiesenhausen kommentierte im Deutschland-Union-Dienst, die Betriebsratswahlen hätten einen deutlichen Denkzettel für die Gewerkschaften" ergeben. Besonders schlecht hätten die Gewerkschaften abgeschnitten, die sich besonders „klassenkämpferisch" gäben, insbesondere die IG Metall und die HBV.

Tatsächlich stieg der Anteil der DGB-Gewerkschaften an den Betriebsratssitzen von 77,5 Prozent im Jahre 1981 auf nunmehr 78 Prozent. Auch bei der IG Metall wird das Ergebnis auf jeden Fall über dem Ergebnis von 1981 liegen. Bei der HBV sind zwar erst 5500 der insgesamt 6000 Betriebe ausgewertet, aber als Trend ergibt sich eindeutig ein Anstieg von 54,8 Prozent 1981 auf über 57 Prozent in diesem Jahr.

Versteht sich am Rande, daß die CDU, um ihre „Denkzettel-These" zu begründen, zwar sämtliche Stimmen bemüht, die nicht für die Listen oder Kandidaten der DGB-Gewerkschaften abgegeben wurden, aber „übersieht", daß in Großbetrieben eine Reihe dieser Listen gerade deshalb keine offiziellen Gewerkschaftslisten waren, weil sie gegen die sozialpartnerschaftliche Orientierung auftreten und für einen klassenkämpferischen Kurs der Gewerkschaften sind.

Fa. Hofmann/Darmstadt

Massenentlassungen als Rache für den Streik?

Unmittelbar nach Beendigung des Streiks hat die Geschäftsleitung des Pfungstadter (bei Darmstadt) Werkes der Firma Hofmann ein umfangreiches Rationalisierungsprogramm verkündet, das unter anderem einen Belegschaftsabbau von 200 Kolleginnen und Kollegen vorsieht. Die besondere Provokation liegt darin, daß die Geschäftsleitung die angebliche Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit den wirtschaftlichen Folgen des Streiks begründet.

Die angekündigte Rationalisierungswelle umfaßt im einzelnen:

- Belegschaftsabbau um 200, davon 160 Kündigungen;
- Lohnabbau (eine übertarifliche Stundenzulage im gewerblichen Bereich von 0,30 DM wurde gestrichen, die Einmalzahlung von 250,— DM und die 3,3 Prozent Lohnerhöhung sollen angerechnet werden, das übertarifliche Weihnachtsgeld von 30,— DM pro Jahr Betriebszugehörigkeit soll gestrichen werden;
- Verschärfung der Arbeitshetze (illegale Praktizierung von Mehrmaschinenbedienung, Ankündigung von Zeitaufnahmen, Einführung einer zentralen Fertigungssteuerung ab Herbst 84, Einführung eines Personalinformationssystems);
- Schließung des Altersruhewerks (Betriebsrenten).

Tatsächlich steckt die Firma schon seit Jahren in Schwierigkeiten. 1981 wurde Hofmann von der Wegmann-Gruppe aufgekauft, nachdem sie durch große Privatentnahmen des Vorbesitzers und offensichtliche Managementfehler in Zahlungsschwierigkeiten geraten war. Die Wegmann-Gruppe ist vor allem ein Rüstungskonzern, dessen Kapitalmehrheit bei der Familie Bode liegt.

Bei dieser Vorgeschichte ist es offensichtlich absurd, wenn die Geschäftsleitung ausgerechnet den Streik als Begründung für die Massenentlassungen anführt. Auf der Belegschaftsversammlung rührte sich auch keine Hand, als die Geschäftsleitung versuchte, mit dieser Argumentation der IG Metall den schwarzen Peter zuzuschieben. Tumultartigen Applaus gab es dagegen für die Mitglieder des Betriebsrats, die das Wort ergriffen, und für den stellvertretenden Bezirksleiter der IGM/Frankfurt, Volkmar Häusel.

Der Betriebsrat lehnt die Maßnahmen der Geschäftsleitung ab. Er hat einen Interessenausgleich zur „Verhinderung von Kündigungen und Verbesserung der betrieblichen Strukturen" vorgelegt. Dieser angestrebte Interessenausgleich kommt den Rationalisierungsbestrebungen der Geschäftsleitung wohl weit entgegen, enthält aber andererseits sehr richtige Forderungen und vertritt vor allem die Position, daß Entlassungen nicht vorgenommen werden dürfen.

Die Art und Weise, wie die Geschäftsleitung die Massenentlassung angekündigt und öffentlich begründet hat, legt die Vermutung nahe, daß es hier auch darum geht, einer Belegschaft, die neben Opel als vielleicht kampfstärkste des IGM-Bezirks Südhessen angesehen werden kann, klarzumachen, daß ein Streik sich nicht lohnt. Tatsächlich hatte die Hofmann-Belegschaft sich als eine tragende Säule des Streiks in Hessen erwiesen. Bei der Urabstimmung wurde bei einer Wahlbeteiligung von 98 Prozent eine Mehrheit von 95 Prozent für den Streik erreicht.

Interessant ist, daß während des Streiks die Geschäftsleitung von Hofmann der IGM den Abschluß eines Haustarifvertrags (38 Stunden bei vollem Lohnausgleich und 3,3 Prozent) angeboten hat. Der Arbeitgeberverband hatte dann Druck auf die Firma ausgeübt, die von Gegenmaßnahmen der Automobilindustrie gedroht, die der wichtigste Kunde der Firma ist.

Einige Mitglieder des Hofmann-Betriebsrates gehören auch der großen Tarifkommission an und haben sich gegen den Abschluß ausgesprochen. Es geht also ganz offensichtlich darum, einer kämpferischen Belegschaft einen Schlag zu versetzen, der sie für die Zukunft disziplinieren soll. Dieses Exempel darf nicht statuiert werden.



Streikposten vor der Firma Hofmann

„Kamingespräche"

Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), meldete sich, nachdem er sich im Kampf für die 35-Stunden-Woche völlig abgemeldet hatte, nun mit einem Vorschlag zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" zu Wort.

Bundeskanzler Kohl solle die gemeinsamen, vertraulichen Kamingespräche mit Arbeitgebern und Gewerkschaften wieder einführen. Anders als in öffentlichen Auseinandersetzungen könne in dieser abgeschlossenen Runde mehr für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan werden: „Da werden keine Fensterreden gehalten, da können wir uns leichter mit Arbeitgebern und Regierung auf wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einigen."

So ist das also: je „abgeschlossener die Runde", je „vertraulicher" der kleine Kreis, um so leichter können sich Gewerkschaftsführer wie Döding mit den Kapitalisten einigen. „Öffentliche Auseinandersetzungen" wie Streiks stören da nur, weil dann sogar ein ultrarechter Vertreter der Sozialpartnerschaftslinie wie Döding gezwungen ist, gar nicht ernstgemeinte „Fensterreden" zu halten, um die Basis bei der Stange zu halten.

So spricht Günter Döding ganz öffentlich. Da kann man sich vorstellen, was so ein Mann am Kanzlerkamin in „abgeschlossener Runde" von sich gibt. Vielleicht kann er ja eine Vorruhestandsregelung für sich aushandeln. Die schlechteste Lösung wär's nicht.

Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Stahlindustrie

Täglich 24 Minuten weniger?

Der Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie hat in einem Rundschreiben den Mitgliedsfirmen Empfehlungen, wie die vereinbarte verkürzte wöchentliche Arbeitszeit von 38 Stunden betrieblich geregelt werden soll, gegeben.

Alle Modelle sind vor dem Hintergrund zu sehen und zu verstehen, daß in der Stahlindustrie ein über das ganze Jahr gleichmäßiger Monatslohn gezahlt wird.

Die Empfehlungen des Stahlkapitalistenverbandes sehen für bestimmte Gruppen von Arbeitern und Angestellten unterschiedliche Regelungen vor:

Angestellte in den Verwaltungen, Arbeiter und Angestellte mit normaler Tagesarbeitszeit: **Kürzung der täglichen Arbeitszeit um 24 Minuten. Für Kolleginnen und Kollegen, die in 1schichtiger Arbeitsweise nach Konti-Schichtplan beschäftigt werden (etwa bislang von 6.00 Uhr bis 14.00 Uhr) sollen bisher bezahlte Kurzpausen in unbezahlte Pausen verwandelt werden.**

Für Arbeiter und Angestellte in 2-Schicht-Betrieben: **Entweder Einführung von Pausen oder Verkürzung der Schichtzeiten um 24 Minuten, was natürlich auch eine Verkürzung der Betriebszeit bedeuten würde. Wenn weiterhin 8-Stunden-Schichten verfahren werden sollen, sollen die wöchentlich zuviel gearbeiteten Stunden durch Freischichten ausgeglichen werden, allerdings nur dann, wenn die zusätzlichen zwei Stunden tatsächlich gearbeitet worden sind, also nicht im Fall von Urlaub oder Krankheit.**

Für Arbeiter in 3-Schicht-Betrieben und in Konti-Betrieben: **Im Jahresschichtplan wird der Zeitausgleich durch 13 zusätzliche Freischichten (für Kontischichtler also insgesamt 26 Freischichten) eingeplant.**

Diese Vorschläge der Stahlkapitalisten zeigen, daß es ihnen darum geht, die tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeit so zu regeln, daß sie nahezu vollständig durch Leistungsintensivierung ausgeglichen werden kann. Eine um 24 Minuten verkürzte tägliche Arbeitszeit wird nach einer relativ kurzen Übergangsphase das gleiche Arbeitsergebnis erbringen wie ein achtstündiger Arbeitstag.

730 Kollegen bald arbeitslos?

Wer Zündapp fährt ...

„Wer Zündapp fährt, bleibt unversehrt", so lautete ein Werbespruch vor dem zweiten Weltkrieg. Für die Familie Neumeyer, die Besitzer der Zündapp-Werke, wird dieser Spruch sich bewahrheiten. Sie werden auch aus dem sich abzeichnenden Bankrott unversehrt als noch weiter reiche Leute hervorgehen. Der gegenwärtig noch 730köpfigen Belegschaft aber droht am Ende des angemeldeten Vergleichs die Arbeitslosigkeit.

Noch im Mai dieses Jahres hatte der geschäftsführende Gesellschafter, Dieter Neumeyer, unverkennbare „Anzeichen einer Erholung" ausgemacht und versprochen, bei der Belegschaftsstärke werde „eine Sieben vorne dran" bleiben. Die Belegschaft war in den letzten Jahren bereits von 1500 (1981) auf 730 geschrumpft.

Jetzt aber legte Neumeyer offen, daß bei Lieferanten und Banken 35 Millionen Mark Schulden aufgelaufen sind und meldete Vergleich an. Der Herr gab sich auch noch recht uneigennützig und erklärte seine Bereitschaft, das Werk zu verschenken.

Diese „noble" Geste kann man aber nur richtig würdigen, wenn man weiß, daß Zündapp-Eigentümer Neumeyer seine Schäfchen schon vor zwei Jahren ins Trockene gebracht hat. 1982 teilte er das Unternehmen in zwei juristisch voneinander unabhängige Gesellschaften auf: in eine Betriebsgesellschaft, die jetzt vor dem Bankrott steht, und in eine Verwaltungsgesellschaft, der den größten Teil des Firmenvermögens besitzt, für die kein Vergleichsantrag gestellt wurde und die Neumeyer selbstverständlich nicht verschenken will.

Jetzt muß innerhalb von drei Monaten über den Vergleichsantrag entschieden werden, was, wenn sich zwischenzeitlich nicht doch noch ein Interessent für das Werk findet, wohl zu einem Konkursverfahren führen wird. Zwischenzeitlich sollen 500 der 730 Beschäftigten kurzarbeiten und dann normal arbeiten. Normalen Lohn sollen sie aber nicht erhalten. Sie sollen in Form von Kurzarbeitergeld und Konkursausfallgeld öffentliche Kassen herhalten.

Ein Skandal, weil offensichtlich ja nicht nur Geld für die Lohnfortzahlung, sondern möglicherweise sogar für die Sanierung des Werkes da wäre, wenn die Neumeyers ihre Verwaltungsgesellschaft, über deren Vermögen sie keine Angaben machen, nicht in ihre private Schatztruhe verwandelt hätten.

Gehst du zum Arbeitsamt, vergiß die Keule nicht!

Mindestens 7 Milliarden DM müssen die Beschäftigten der Arbeits-, Sozialämter, der Rentenversicherungsanstalten und Ortskrankenkassen auf Beschluß der Bundesregierung im Laufe des Jahres 1984 einsparen. Zirka 6 Milliarden von diesen Einsparungen bekommen die Unternehmer als Subventionen gleich wieder über den Tisch geschoben. Auf Beschluß der Bundesregierung. Das heißt: Arbeitslose, Rentner, Kranke, Sozialhilfeempfänger werden im Laufe des Jahres 1984 für 7 Milliarden DM abgewiesen, wenn sie Unterstützung auf Ämtern und Behörden, wenn sie ihnen zustehende Rechte in Anspruch zu nehmen suchen.

So kommt es dazu, daß die Angestellten dieser Ämter, z. B. des Arbeitsamtes, anstatt — wie es ihre Pflicht wäre — uns Arbeitslosen mit Rat und Tat, ausführlicher Beratung, guten Informationen und Tips für die bestmögliche Nutzung ihrer Rechtsansprüche zu helfen, als Büttel der Bonner Unternehmerregierung mehr oder minder engagiert versuchen, den rigorosen Sozialabbau durchzusetzen.

Da werden Arbeitslose belogen und betrogen, behandelt wie der letzte Dreck. Da wird eingeschüchtert und schikaniert. Da werden falsche Auskünfte erteilt und gedroht, so daß bei den Arbeitslosen immer öfter der Spruch umgeht: Gehst du zum Arbeitsamt, vergiß die Keule nicht!

Höchste Wachsamkeit ist geboten, wenn z. B. der Sachbearbeiter eines Arbeitsamtes einem älteren Arbeitslosen in den Mund zu legen versucht, die letzte Arbeit sei wohl zu schwer gewesen, man würde für ihn eine leichtere suchen. Wehe, der Arbeitslose stimmt zu oder hat einen Antrag auf Frührente gestellt. Dann ist er nur noch eingeschränkt verfügbar und bekommt weniger (bis zu 500 DM) Arbeitslosengeld.

Noch nicht einmal die Hälfte aller gemeldeten Arbeitslosen erhält heute die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld. So niedrig wie heute war der Anteil der Arbeitslosengeld-Bezieher seit den Nachkriegsjahren noch nie. Das durchschnittlich ausgezahlte Arbeitslosengeld ist mit 941 DM auf den Stand von 1981 gefallen. Durch die stark ansteigende Dauerarbeitslosigkeit rutschen immer mehr Erwerbslose vom Arbeitslosengeld in die Arbeitslosenhilfe, die mit durchschnittlich 694 DM niedriger liegt als vor zwei Jahren.

Und hier geht die Herabstufung, die im Arbeitsamt-Jargon genannte „Arbeitslosenhilfe-Rutsche" weiter. Unterstellen die Arbeitsämter beispielsweise, daß ein Arbeitsloser nur noch drei Viertel von dem verdienen kann, was er vor seiner Arbeitslosigkeit in der Lohntüte hatte, z. B. ein Setzer, weil sein Beruf ausstirbt, dann können sie auch die Arbeitslosenhilfe entsprechend um ein Viertel kürzen.

Im „Dienstblatt-Runderlaß 355/77" heißt es: „Der Arbeitslose wird das der Bemessung der Arbeitslosenhilfe zugrundeliegende Arbeitsentgelt beispielsweise künftig dann nicht mehr erzielen können, wenn sich ein vermindertes körperliches oder geistiges Leistungsvermögen einstellt, wenn vertragliche oder familiäre Bindungen die Arbeitsbereitschaft einschränken oder wenn Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes dies bedingen."

Mit diesem Erlaß sind der Willkür, dem Abstufungsterror der Arbeitsämter Tür und Tor geöffnet. Dieser Sorge ledig sind nur die 1,6 Millionen Erwerbslosen, die überhaupt keine finanzielle Hilfe mehr von den Arbeitsämtern beziehen.

Kein Wunder, daß die Wut der Arbeitslosen auf die schikanösen Praktiken der Arbeitsämter wächst, daß sie sich langsam zu wehren beginnen, die Einhaltung ihrer Rechte und eine menschenwürdige Behandlung fordern. Umso begrüßenswerter ist es, wenn jetzt auch Angestellte der Arbeitsämter, ihrer Rolle als Prügelknaben zwischen den Fronten überdrüssig, versuchen Land unter die Füße zu bekommen. Wenn sie fordern, endlich mit der katastrophalen Unterbesetzung der Arbeitsämter Schluß zu machen, die dazu führte, daß ein Angestellter statt, wie vorgeschrieben, höchstens 350, heute 450 bis 800 Arbeitslose zu betreuen hat, was bei manchen Arbeitsämtern in der Praxis zwei Minuten für einen Arbeitslosen heißt.

Natürlich ist damit das Problem, ob und wie weit sich die Angestellten der Arbeitsämter zu Bütteln der Bonner Wende-Regierung machen lassen, nicht gelöst. **Falsch wäre es sicher, wenn wir Arbeitslosen statt im Bonner Unternehmerstaat und seiner Regierung in den Angestellten der Arbeitsämter unseren Hauptfeind und nicht unsere Kollegen sehen würden. Das entbindet diese jedoch nicht der Verpflichtung, ebenfalls in den Arbeitslosen ihre, sich in einer schwierigen Lage befindlichen, Kolleginnen und Kollegen zu sehen, denen es in Ausschöpfung all ihrer Möglichkeiten zu helfen gilt.** Immerhin haben sie auch im Rahmen der Verordnungen, Richtlinien und Gesetze eine persönlichen Ermessensspielraum, den es im Interesse der Arbeitslosen zu nutzen gilt. Wer sich jedoch Arbeitslosen gegenüber arrogant, schikanös, überheblich und einschüchternd verhält, darf sich nicht wundern, wenn diese entsprechend antworten.

Um aber die Verhältnisse bei den Arbeitsämtern grundsätzlich zu verbessern, muß der Unternehmereinfluß auf diese gebrochen und die Stellung der Gewerkschaften und der Arbeitslosen in ihnen verstärkt werden.

Darum fordern wir:

- **Schluß mit dem Unternehmereinfluß in den Arbeitsämtern! Keine Berücksichtigung der Arbeitgeberverbände mehr bei der Besetzung der Selbstverwaltungsorgane!**
- **Schaffung von Aufsichts-, Kontroll- und Beschwerdeinstanzen bei allen Arbeitsämtern einschließlich der Bundesanstalt für Arbeit, die sich paritätisch aus je einem Drittel gewählter Vertreter der Arbeitslosen, Gewerkschaften und Angestellten der Arbeitsämter zusammensetzen.**



Wie überall, so nahmen auch hier in Nordhorn Arbeitslose an Demonstrationen und Kundgebungen des DGB zur 35-Stunden-Woche teil.

In Kürze

Recht hat er

Dauernde Arbeitslosigkeit wirkt nach Ansicht des Hannoveraner Psychiaters Professor Erich Wulff psychologisch ähnlich wie längere Haft. Als Gegenmittel empfiehlt er: Aktivitäten zum Beispiel in der Politik oder den Gewerkschaften (linke, natürlich).

Bangemann

Die mangelnde berufliche Qualifikation der Arbeitslosen ist nach Überzeugung von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann das Hauptproblem der derzeitigen Arbeitslosigkeit und für ihn der entscheidende Grund seiner Ablehnung von Beschäftigungsprogrammen.

Er führt sich gut ein, der Bangemann, bei den Unternehmern. Zumindest aber die über eine Million beruflich qualifizierten Arbeitslosen müssen sich durch den Lambsdorff-Nachfolger völlig verarscht fühlen und mancher mag denken: Man färbe diesem Bangemann mal lila-rot die Wange an.

Recht auf Arbeit

ist laut einem Kommentar der Zeitung „Die Welt", daß jeder, der in einem bestreikten Betrieb arbeiten will, seinen Arbeitsplatz ungehindert erreichen kann." — So hätten sie's wohl gern.

Aus der Sicht der Arbeitslosen

Was hat's gebracht?

Von den Tarifabschlüssen in der Metall-, Stahl- und Druckindustrie vom Kampf um die 35-Stunden-Woche ist hier die Rede. Nicht davon, wurden der Einstieg in die 35-Stunden-Woche, voller Lohnausgleich etc. erreicht, was hat er den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, sondern was hat er uns, den Arbeitslosen, unterm Strich gebracht? Hier kann man ohne Umschweife sage: nichts, aber auch gar nichts!

Und die Enttäuschung aller Arbeitslosen, vor allem jener, die mit ihren Initiativen voll und aktiv den Kampf der Gewerkschaften IG Metall und IG Druck und Papier für die Einführung der 35-Stunden-Woche unterstützten, ist nur all zu verständlich. Hatte man doch praktisch, wenn man so will, nicht zuletzt diesen Arbeitskampf auf dem Rücken der Arbeitslosen ausgetragen.

Wie hatte es zu Beginn noch geheißen? Dieser Kampf werde geführt, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen: „Die 35-Stunden-Woche kann für 1,4 bis 1,8 Millionen Menschen wieder Arbeitsplätze schaffen. (druck und papier). „Die 35-Stunden-Woche schafft und sichert 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Allein in den Metall- und Stahlbetrieben 250000." (IGM) Die Forderung der Arbeitslosen nach „vollem Personalausgleich" hatte man als nicht realisierbar eh gleich fallenlassen.

Wir hatten uns dem angeschlossen, nicht etwa, weil wir gegen einen vollen Personalausgleich wären, sondern, um mit einer einheitlichen Losung „35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" in den Kampf zu gehen. Und 1,5 Millionen Arbeitslose weniger, wir wären ja schon zufrieden gewesen, selbst über 1 Million bei 36,5 Stunden für alle, hätten wir mit uns reden lassen. Doch so ...

Die 35-Stunden-Woche wurde nicht erreicht, auch nicht in Etappen. Die Arbeitszeitverkürzung um 1,5 Stunden pro Woche kann zwar der Rationalisierung, weiteren Entlassungen in den Betrieben entgegenwirken, doch Neueinstellungen wird sie, wie sich jetzt schon zeigt, kaum bringen. Die Firmen halten sich bei Neueinstellungen stärker als sonst zurück. Die Zugänge an neugemeldeten Stellen liegen 5 Prozent unter denen des Vorjahres.

Nur bei einer Einführung der 35-Stunden-Woche in einem Schritt wäre ein nachhaltiger Beschäftigungseffekt durch Neueinstellungen möglich gewesen. Das ist nicht geschehen. Die Gewerkschaftsführer sind vor dem massiven Druck der Unternehmer und ihrer Regierung in die Knie gegangen. Ihnen war die Aufrechterhaltung ihres sozialpartnerschaftlichen Konzepts wichtiger als das Schicksal von Millionen Arbeitslosen. Der Schaffung der notwendigen Kampfeinheit von Beschäftigten und Arbeitslosen gegen die Angriffe des Kapitals haben sie damit nicht gedient.

Ist damit für uns Arbeitslose die Unterstützung des Kampfes für Arbeitszeitverkürzung, für die Einführung der 35-Stunden-Woche nun endgültig gestorben? Mitnichten, auch wenn er durch den Tarifabschluß im Moment an Aktualität verloren hat. Selbst wenn dabei für uns unterm Strich an Neueinstellungen nichts herauskommt, für uns war und ist dieser Kampf auch ein Akt der Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, um deren Arbeitsplätze sicherer zu machen. Doch da Solidarität keine einseitige Sache ist, wäre es an der Zeit, jetzt ernsthaft in den Betrieben den Kampf gegen Überstunden- und Akkordschinderei aufzunehmen. Immerhin, durch den vollständigen Abbau der Überstunden könnten 1,5 Millionen Arbeitslose wieder einen Arbeitsplatz finden.

Schluß mit der Überstundenschinderei!

Trotz ungebremster Massenarbeitslosigkeit werden weiterhin massenhaft Überstunden gefahren. In den Regionen, wo die meisten Überstunden geleistet werden, ist die Arbeitslosigkeit am größten. Durch den vollständigen Abbau dieser Mehrarbeit könnten nach einer gemeinsamen Untersuchung der Universität und der Arbeitskammer des Landes Bremen rund 1,5 Millionen Arbeitslose wieder einen Arbeitsplatz finden.

In der Metallindustrie, die bei den Überstunden an der Spitze steht, konnte eindeutig nachgewiesen werden, daß der Abbau der Beschäftigtenzahlen exakt mit der Zunahme der Überstunden parallel verläuft. Das heißt, die Unternehmer verschärfen krisenhafte Situationen, indem sie ohne Not Arbeitsplätze vernichten und statt dessen Überstunden machen lassen.

Dagegen: in Betrieben, wo die Betriebsräte konsequent Überstunden verweigern, mußten Neueinstellungen getätigt werden. Nur ein Beispiel von vielen, die Firma Winter in Stallberg. Hier wurden keine Überstunden mehr gekloppt, was in dem Betrieb mit 2400 Beschäftigten 200 Neueinstellungen notwendig machte.

Jede Wochenarbeitszeitverkürzung wird illusorisch, wenn die Unternehmer diese durch vermehrten Überstundeneinsatz abfangen. Wenn die ausgehandelte Arbeitszeitverkürzung überhaupt eine Beschäftigungswirkung haben soll, ist ein rigoroser Abbau der Mehrarbeit unumgänglich. Das setzt jedoch die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen voraus, auf Überstunden zu verzichten.

Doch gerade da liegt der Hase im Pfeffer, denn die Kolleginnen und Kollegen mußten in den letzten vier Jahren einen Reallohnverlust von 6,5 Prozent hinnehmen, und auch beim jetzigen Tarifabschluß in der Metall- und Druckindustrie kann von einem Reallohnausgleich überhaupt nicht gesprochen werden. Dieses Loch im Haushaltsgeld führte dazu, daß viele Kollegen den Forderungen der Unternehmer nach Überstunden bereitwillig nachgaben und wohl auch nachgeben werden. So verständlich das zunächst erscheint, langfristig graben sie sich selbst damit das Wasser ab, denn

- von jeder Mark Überstundenlohn kassiert das meiste der Staat. Damit finanziert er über sogenannte Subventionen weitere Rationalisierungsmaßnahmen und zunehmende Arbeitslosigkeit.
- Neueinstellungen werden durch Überstunden verhindert, die Zahl der Arbeitslosen, die sogenannte industrielle Reservearmee, wächst, wodurch die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt wird, was wiederum Reallohnverluste zur Folge hat und den Unternehmern Riesenprofite sichert.
- Die Gesundheit der Arbeiter wird ruiniert. Schon heute scheidet jeder zweite vor Erreichung des Rentenalters aus dem Produktionsprozeß aus und muß mit einer niedrigen Rente sein Leben fristen. Die Lebenserwartung der gewerblichen Arbeiter sinkt.

Was also tun? Die Überstunden müssen konsequent abgebaut werden, wenn wir nicht wollen, daß die Arbeitslosigkeit wächst, sondern, daß sie abgebaut wird, womit auch zunehmend die Möglichkeit der Druckausübung der Unternehmer auf die Kollegen und die Gewerkschaften schwindet. Das heißt, Überstunden und Überstundenzuschläge müssen durch Freizeit ausgeglichen werden.

Der Betriebsrat hat laut Betriebsverfassungsgesetz § 87.3 ein Mitbestimmungsrecht bei der Genehmigung von Überstunden und Kurzarbeit. Er sollte strengste Maßstäbe bei der Genehmigung von Mehrarbeit anlegen und jeden Antrag intensiv auf seine Notwendigkeit hin untersuchen. Der Zusammenhang von Personalabbau, Personalbestand und Überstunden sollte durch monatliche Überstundenbilanzen aufgezeigt und auf den Betriebsversammlungen bekanntgemacht werden.

Doch damit ist das Problem natürlich noch nicht gelöst. Um das Ausmaß der durch die kapitalistische Rationalisierung hervorgerufenen Arbeitsplatzvernichtung einzudämmen, unterstützen wir die gewerkschaftlichen Forderungen nach Verkürzung der wöchentlichen, jährlichen und Lebensarbeitszeit. **Dazu gehört jedoch auch die Forderung an den Gesetzgeber, den Unternehmern endlich durch eine überfällige Reform der Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 (!) die Möglichkeit zu nehmen, die Arbeitszeit weit über die bestehenden tarifvertraglichen Regelungen hinaus auszudehnen.** Das heißt:

Reform der Arbeitszeitordnung (derzeit 48-Stunden-Woche) ausgehend von den in der Regel bestehenden tarifvertraglichen Vereinbarungen (40-Stunden-Woche, 8-Stunden-Tag, 5-Tage-Woche) und unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden!

Den Unternehmern muß die gesetzliche Möglichkeit genommen werden, Arbeiter und Angestellte gegen ihren Willen zu Überstunden zu zwingen!

Brennpunkt Zentralamerika

TODO PARA LOS FRENTES DE GUERRA TODO PARA LOS COMBATIENTES

Alles für die Kriegsfronten, alles für die Kämpfenden



Daniel Ortega (links) und Sergio Ramirez (rechts) bei der Verabschiedung von jungen Freiwilligen, die sich zum Militärdienst gemeldet haben. Unter ihnen auch ein Sohn von Sergio Ramirez.

„Seit die gegenwärtige Regierung in den USA an die Macht gekommen ist, sind wir Opfer ihrer terroristischen staatlichen Politik. Diese Regierung ist es, die uns den Ausnahmezustand aufgezwungen hat." Daniel Ortegas Rede an diesem 19.7.1984, dem 5. Jahrestag der nicaraguanischen Revolution, wurde wie schon an anderen Stellen zuvor unterbrochen: „Guerra a muerte contra el ejercito mercenario del yanqui invasor" „Queremos la paz" (Kampf dem Söldnerheer des Yankee-Invasors. Wir wollen Frieden!) Die ca. 300000 Menschen umfassende Menge auf dem Carlos-Fonseca-Platz im alten Zentrum Managuas, am Ufer des Managua-Sees, brachte wie in einem einzigen Aufschrei das zum Ausdruck, was das befreite Nicaragua braucht, um den Aufbau vorantreiben zu können: PAZ — Frieden, das Ende der Aggressionen der vom CIA finanzierten, aufgerüsteten und außerdem von Honduras logistisch unterstützten Contra.

„Ist es etwa kein Ausnahmezustand, wenn wir Tausende von Schülern, Studenten, Arbeitern auf den Kriegsschauplatz schikken müssen?

Ist es etwa kein Ausnahmezustand, wenn wir außerordentliche Maßnahmen ergreifen müssen, um die Versorgung und die Produktion zu garantieren, die direkt durch die Yanqui-Aggression bedroht sind?

Ist es etwa kein Ausnahmezustand, wenn wir, um die Verteidigung zu sichern, den Kriegsgerichten Vorrang vor sozialen und wirtschaftlichen Projekten geben müssen?

Ist es etwa kein Ausnahmezustand, wenn wir, um die Verteidigung zu sichern, den Kriegsgebieten Vorrang vor sozialen und wirtschaftlichen Projekten geben müssen?

Ist es etwa kein Ausnahmezustand, das Leiden und der Schmerz der Mütter, Ehefrauen, Verlobten, Kinder, Familienangehörigen, der 7391 in den vergangenen drei Jahren gefallenen Nicaraguaner, Opfer der imperialistischen Aggression?

(...)

Ist es etwa kein Ausnahmezustand, Verluste von über 2 Milliarden Córdobas im produktiven, sozialen und im Bereich der Infrastruktur in diesem Zeitraum erlitten zu haben?

Es wird viel vom Ausnahmezustand geredet und die Pharisäer fordern, daß die Regierung den Ausnahmezustand aufhebt, während wir alle wissen, daß es die nordamerikanischen Regierenden sind, die mit ihrer terroristischen Politik Nicaragua den Ausnahmezustand aufgezwungen haben. ... **Aufhebung des Ausnahmezustandes bedeutet aber vor allem die Beendigung der Aggression gegen Nicaragua.**

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes würde bedeuten, daß Tausende von Jugendlichen nach Hause, in ihre Schulen, an ihre Arbeitsplätze zurückkehren könnten.

Die Aufhebung des Ausnahmezustandes bedeutete Konzentration unserer Mittel und Kräfte auf die produktive Arbeit, auf die Lebensmittelproduktion und die Produktion von Exportprodukten.

Aufhebung des Ausnahmezustandes bedeutete Einstellung der Produktion von Uniformstoffen und Militärstiefeln und damit die Möglichkeit, Kleidungsstoffe und Schuhe für jeden Nicaraguaner herzustellen.

Das alles bedeutet für uns Aufhebung des Ausnahmezustandes. Alles andere ist zweitrangig und würde als Folge hinzukommen. (...)

Wir fordern die nordamerikanischen Regierenden auf, die Aggression gegen Nicaragua einzustellen, damit der Ausnahmezustand und in diesem Zusammenhang automatisch alle Maßnahmen des Ausnahmezustandes aufgehoben werden können. Weder das nicaraguanische Volk, noch die Regierung Nicaraguas haben den Ausnahmezustand und Notstand gewollt. Sie, senores gobernantes norteamericanos, habt ihn uns aufgezwungen.

Seid keine Demagogen, Zyniker, Antidemokraten!

Beendet die Aggression"

Vor diesem, in einer relativ kurzen Rede skizzierten Hintergrund begründete Daniel Ortega, Koordinator der Regierung und Präsidentschaftskandidat der FSLN, die Verlängerung der seit dem 15.3.1982 geltenden Notstands- (Ausnahmezustands-)gesetze um weitere drei Monate, gab allerdings im Hinblick auf die am 4. November stattfindenden Wahlen die Aufhebung einiger dieser Ausnahmezustandsgesetze bekannt.

Aufgehoben wurde die Pressezensur bis auf den Bereich der Berichterstattung über militärische Fragen, aufgehoben wurden die Einschränkungen im Bereich des Versammlungs- und Demonstrationsrechts, allerdings nur für die politischen Parteien, die sich an den Wahlen beteiligen.

Nebenbei bemerkt: Für die FSLN hatten diese Einschränkungen nie eine Rolle gespielt, sie war davon ausgenommen. Nicht länger gültig ist die Einschränkung der Freizügigkeit innerhalb Nicaraguas, d.h. die sich an den Wahlen beteiligenden Parteien dürfen sich im ganzen Land frei bewegen. Außerdem wurde das Amnestieangebot für die zur contra übergelaufenen Nicaraguaner bis zum Wahltag verlängert. Ausgenommen sind die Führer der FDN und ARDE und die nachweislich für Massaker Verantwortlichen.



Bei den Revolutionsfeierlichkeiten in Managua

Todo para los frentes, de guerra, todo para los combatientes ...

... die Hauptparolen des diesjährigen Jahrestages der Revolution, die Feierlichkeiten und Daniel Ortegas Rede waren geprägt von der Verschärfung des Krieges, der Notwendigkeit der Verteidigung aber auch von der Bedeutung, die die FSLN den bevorstehenden Wahlen beimißt.

Obwohl die rechten Oppositionsparteien und ihr 9 Punkte umfassender Forderungskatalog an keiner Stelle direkt erwähnt wurden, war Ortegas Rede indirekt eine Zurückweisung der zentralen Forderungen der „Coordinadora Democrática de Nicaragua" (CDN), dem Bündnis der nicaraguanischen Reaktion, bestehend aus dem Unternehmerverband COSEP, den beiden unternehmerabhängigen Gewerkschaften CUS und CTN und der christlich-sozialen, der sozialdemokratischen und liberalen Partei (PSC, PSD, PLC) sowie indirekt der Hierarchie der katholischen Kirche, die offen die Forderungen der CDN unterstützt.

Die Verantwortung der USA für die Aggressionen, die diesen Aggressionen zugrundliegende terroristische Politik des US-Imperialismus, die Ortega in seiner Rede betonte, waren eine klare Zurückweisung der CDN-Propaganda, die vom „Bürgerkrieg" in Nicaragua spricht und jegliche Beteiligung des US-Imperialismus an den Aggressionen leugnet.

Da es sich bei dén Angriffen der contra nicht um einen internen, allerdings mit Waffen ausgetragenen „Bruderstreit unter Nicaraguanern" handelt, wie die Rechte behauptet, wenn sie von der „bewaffneten Opposition" spricht, sondern um Aggressionen des „ejército mercenario del yanqui-invasor" (Söldnerheer des Yanqui-Invasors), im Auftrag des US-Imperialismus gegen das befreite Nicaragua, ist die Forderung der Rechten nach Verhandlungen mit der „bewaffneten Opposition", demagogisch als „nationaler Dialog" bezeichnet, nicht akzeptierbar. Daniel Ortegas Betonung der Trauer und des Schmerzes der Familienangehörigen der über 7000 von der contra ermordeten Nicaraguaner beinhaltete ebenfalls eine indirekte Ablehnung der Forderung nach einer Generalamnestie, wie sie ebenfalls von der CDN erhoben wird.

Wesentlich deutlicher und direkter drückte sich wenige Tage später Comandante Bayardo Arce auf einer Pressekonferenz der FSLN nach der Einschreibung ihrer Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen aus:

Es darf und wird weder eine Generalamnestie noch einen Dialog mit der Contra geben.

Angesprochen auf die Erklärung der Rechten, sie würden sich ja an den Wahlen beteiligen, wenn die Bedingungen gegeben seien, meinte Comandante Arce (Koordinator der politischen Kommission der FSLN): Die Parteien, die heute demagogisch erklären, der Wahltermin sei verfrüht, sie hätten nicht ausreichend Zeit, ihre Beteiligung vorzubereiten, der Ausnahmezustand würde eine gleichberechtigte Teilnahme ausschließen, kurz, die Bedingungen wären nicht gegeben, sind die Parteien, die seit



Isidro Tellez, der Präsidentschaftskandidat der MAP-ML vor dem Büro seiner Partei

DIE KONTERREVOLUTION IM PRIESTERROCK

Die Abteilung „Psychologische Kriegsführung" des CIA macht Überstunden. Während das Pentagon schon vor drei Monaten alle militärischen Vorbereitungsarbeiten für einen Krieg in Zentralamerika abgeschlossen hatte, blieben die Experten der „Desinformation" zurück: Noch immer ist es ihnen nicht gelungen, die amerikanische Bevölkerung von der Notwendigkeit eines neuen Blutbades zu überzeugen. Und die Zeit drängt. Die Republikaner haben beschlossen, Zentralamerika zu einem der Haupt-Wahlkampfsthemen zu machen, was die Gefahr einer Intervention vor den Wahlen im November keinesfalls ausschließt. Da es sich bei der Reagan-Regierung um gute Christen handelt, haben sie beschlossen, daß das Kreuz dem Schwert vorangehen sollte. Wenn sich dennoch die Völker weigern sollten _ natürlich aus Mangel an Zivilisation _ das Evangelium der US-Demokratie zu akzeptieren, muß es ihnen _ zu ihrem eigenen Besten, versteht sich — eben mit Gewalt beigebracht werden.

Auf diesem Hintergrund sind die Kampagnen der Desinformation gegen die revolutionären Kräfte in Zentralamerika und besonders in Nicaragua zu verstehen: die angebliche Verfolgung der Kirche, die schon jetzt als „antidemokratisch" abgestempelten Wahlen, das angebliche Mitmischen der sandinistischen Regierung im internationalen Drogenhandel etc.

Jede einzelne dieser „Propaganda-Shows" wurde auf internationaler Ebene und mit entsprechender Choreografie aufgeführt. Als Hauptdarsteller traten auf: Miguel Ovando y Bravo, Erzbischof von Managua, Arturo Cruz, Vorzeige-Kandidat der 5. Kolonne des Imperialismus, genannt „Demokratische Koordination Nicaraguas [CDN], sowie ein anonym gebliebener Informant der Antidrogen-Abteilung der USA [DEA]. Den „Chor" in dieser Propaganda-Show bildete die internationale imperialistische Presse, die zentralamerikanischen Bischöfe, der Papst, Präsident Reagan und die „sozialistische" Regierung von Felipe Gonzales. Die Inszenierung dieser Shows lag in den Händen des CIA.

Bleiben wir bei der Kirche und ihrer Rolle in den CIA-Inszenierten Destabilisierungskampagnen gegen Nicaragua. Die wichtigsten Kampagnen waren folgende:

- *die im April 1981 gestartete psychologische Kampagne mit Hifle der konterrevolutionären Zeitung „La Pensa", die in einer Artikelserie von der Er**scheinung der Jungfrau Maria** im Dorf Cuape berichtete. Nach Aussagen der „Prensa" äußerte sich die Jungfrau Maria äußerst unzufrieden über das, was sich in Nicaragua entwickelte.*
- *Ende 1981 provozierte die rechte Kirchenhierarchie den Zwischenfall in Santa Rosa, bei dem sandinistische Jugendliche — laut „Prensa"-Berichterstattung — den Erzbischof Ovando y Bravo angreifen wollten. Ähnliche „Zwischenfälle" folgten 1982 in Masaya.*
- *Die periodisch aufgestellten Behauptungen — die Beweise blieb man schuldig — über angebliche Verfolgung und Unterdrückung der Kirche, der Priester oder der Gläubigen im allgemeinen, Beschuldigungen, die sofort Schlagzeilen in der internationalen Presse machten. Ein Zufall??*
- *Die vorläufige Zuspitzung dieser Kampagnen fand Mitte Juli statt, nachdem die nicaraguanischen Behörden den Priester Luis Amado Pena eindeutig als Mitglied der internen Front der konterrevolutionären Organisation FDN entlarvt hatten, in dessen Besitz sich Waffen und Sprengstoff befand. Ovando y Bravo — der sich in den letzten Jahren systematisch geweigert hat, die von der contra begangenen Morde an der nicaraguanischen Bevölkerung zu verurteilen — organisierte sofort eine Protestdemonstration gegen die Regierung an der zahlreiche ausländische Priester und Nonnen teilnahmen. Als Antwort auf diese Provokation wies die nicaraguanische Regierung zehn dieser Geistlichen aus.*

Die internationale Reaktion spricht Bände: Der Papst, der sich bei seinem Besuch in Nicaragua geweigert hatte, für die Opfer der contra-Aggressionen zu beten, geschweige denn, tröstende Worte für die Familienangehörigen zu finden, bezeichnete die Maßnahme der Sandinisten als „äußerst ernst

Jahrzehnten (seit einem Jahrhundert, was die konservative und liberale Partei betrifft) auch unter der Somoza-Diktatur ohne Schwierigkeiten ihre politischen Programme propagieren ja, sich sogar an den Wahlen beteiligen konnten. Daß sich keine der in der Illegalität kämpfenden Parteien an den Wahlen, geschweige denn am politischen Leben frei beteiligen konnte, war damals mit dem „Demokratieverständnis" der Rechten voll vereinbar. Für die linken Parteien und Organisationen hatte es unter der Somoza-Diktatur keine Möglichkeiten gegeben, offen für ihre politischen Ziele und Programme einzutreten. „Nur unter Einsatz unseres Lebens, durch Besetzung von Rundfunk-Stationen oder durch militärische Aktionen, durch die die Diktatur gezwungen wurde, unsere Forderungen in den Zeitungen zu veröffentlichen, konnten wir unsere politischen Ziele breiter propagieren ... Erst die Revolution schuf die Bedingungen für die freie politische Betätigung aller Parteien."

„Nur noch vier Fragen werden zugelassen, da der Comandante anschließend eine andere Verpflichtung hat," erklärte die Genossin, die die Pressekonferenz leitete. Meine Fragen blieben unbeantwortet.

1. Welche Bedeutung haben die Wahlen im Bewußtsein der Bevölkerung angesichts der zahlreichen sie direkt betreffenden Probleme, wie Inflation, Versorgungsschwierigkeiten, Spekulationen etc.?

2. Angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Nicaraguas, aber auch angesichts der Notwendigkeit, die Verteidigung zu verstärken, bedeutet die Organisierung und Durchführung der Wahlen für mich eine schwer zu rechtfertigende Konzentration von Kräften und finanziellen Mitteln, die an anderer Stelle fehlen werden. (Im ganzen Land sind Tausende von Nicaraguanern durch die Organisierung der Wahl, die Besetzung der Einschreibungsbüros etc. gebunden. Hinzu kommt, daß jede politische Partei, die sich an den Wahlen beteiligt, 9 Millionen Córdobas aus Steuergeldern zur Wahlkampffinanzierung bekommt). Welche Überlegungen beeinflußten die Entscheidung die Wahlen zum geplanten Zeitpunkt im November durchzuführen?



Junge Freiwillige bei der Verabschiedung in Managua am 25.7.84. (Alle Photos: RM)

3. Warum erfolgt die „Institutionalisierung der Revolution und des revolutionären Aufbaus" auf der Grundlage von traditionell westlichen Parlamentarismus- und Gewaltenteilungsmodellen?

4. Welchen Einfluß hatte die Sozialistische Internationale in diesem Zusammenhang und auf die vorausgegangene Entscheidung, Wahlen in Nicaragua durchzuführen?

5. Warum wurde das geplante Mediengesetz zurückgestellt, das eine Erweiterung des Einflusses der Werkttätigen und ihrer demokratischen und revolutionären Organisationen auf die Massenmedien vorsah? Bedeutet nicht die Aufrechterhaltung der bestehenden Medienstruktur (siehe Tabelle) eine Stärkung der Rechten, d.h. der Reaktion?

Eigentumsverhältnisse bei den Massenkommunikationsmitteln (1983)

Massen-kommunikations-mittel	Eigentumsverhältnisse privat	staatlich	massen-organisationen	insgesamt
Tageszeitungen	3	1 (a)	——	4
Zeitschriften (b)	22	8	8	38
Radiosender (d)	27	19	——	46
TV-Kanäle	——	2	——	2
Nachrichtenagenturen	11	1 (c)	——	12

(a): gemeint ist „la Gaceta', offizielles Organ der Regierung
(b) schließt wöchentlich oder monatlich erscheinende Zeitungen mit ein
(c) ANN (agencia nueva Nicaragua)
(d) Hinzu kommen Dutzende in Honduras und Costa Rica an den Grenzen mit Nicaragua operierende konterrevolutionäre Radiosender — j.
Quelle: Dirección de Medios MINT in: La Democracia Participativa en Nicaragua, S. 124.

6. Vor einem Jahr erklärten Sie, Commandante Arce, in einem Interview (veröffentlicht in dem Buch „Lo que pasa en Nicaragua", Mexico, Dezember 2983, S. 44 f.) mit dem Journalisten Claudio Trobo folgendes: „In den ersten sechs Monaten nach der Revolution fingen die USA an, erneut Kontakte zu ihren alten Freunden in Nicaragua aufzunehmen, zu den Sektoren der Bourgeoisie, die aufgrund der Großzügigkeit der Revolution bestehen geblieben waren, und organisierten sie gegen uns, gegen die Revolution. Wir hatten angekündigt, daß wir den Besitz Somozas, den seiner „camarilla" und seiner „socios" beschlagnahmen würden. Aber als wir die Macht ergriffen und anfingen zu ermitteln, stellten wir fest, daß **alle** „socios" von Somoza gewesen waren. Ausgehend von den Gesetzen, hätten wir diese Bourgeoisie zerschlagen können. (...) Parteien wie die Konservative Partei bestehen noch heute, obwohl sie Komplizen der Diktatur gewesen waren. Auch diese Parteien hätten — bei Anwendung der Gesetze — verschwinden müssen. Aber sie blieben dank der Großzügigkeit der Revolution bestehen, wurden aber sofort von den USA organisiert und begannen ab 1980 sich gegen die Revolution zu stellen." Soweit Ihre Erklärung. Heute erklärten Sie, daß es — von individuellen Ausnahmen abgesehen — keine Verbindung zwischen den rechten Parteien und der contra, bzw. mit der Konterrevolution allgemein gäbe.

Frage: Wie erklären Sie diesen Widerspruch? Hat nicht gerade diese „Großzügigkeit" zur Stärkung der Reaktion beigetragen, ohne daß gleichzeitig, wie vielleicht erhofft, die Aggressionen des US-Imperialismus und seiner Helfershelfer nachgelassen haben?

Eigentlich hätte ich noch viele weitere Fragen stellen können, Fragen, die mit den Schwierigkeiten zusammenhängen, ein „neues Nicaragua" aufzubauen, sich zu befreien von jahrzehntelangen Abhängigkeiten, der damit verbundenen Rückständigkeit, der Verschuldung, dem Massenelend.

Fragen, die die Taktik der Sandinisten im internationalen und nationalen Rahmen betreffen: wann schlägt die Taktik in Zurückweichen und Opportunismus um?

Fragen über die tatsächliche Beteiligung der Massen, ihren tatsächlichen Einfluß auf die Entwicklung in Nicaragua. Fragen, zu deren umfassender Beantwortung die Zeit erneut zu kurz war, trotz der zahlreichen Gespräche mit Genossen der FSLN, der Massenorganisationen, mit Menschen auf der Straße und auf den Märkten, trotz der Diskussionen mit den Genossen der MAP-ml, trotz der Tatsache, daß ich zum dritten Mal in Nicaragua war.

Für die Genossen der MAP-ml (Movimiento de Acción Popular — Marxista-Leninista) befindet sich die Revolution, die revolutionäre Entwicklng in der Defensive, angesichts der von ihnen — wie folgt — skizzierten Offensive des Imperialismus und der nationalen Bourgeoisie.

Für die Genossen der MAP-ml findet die Offensive auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formen statt:

- *die vom US-Imperialismus durchgesetzte finanzielle und wirtschaftliche Blockade Nicaraguas*
- *die verstärkten Angriffe der contras, ihre zunehmenden Sabotageaktionen*
- *die von der Konterrevolution mit Unterstützung der CIA betriebenen Radiosender im Ausland, aber auch die zu 60 Prozent im Privatbesutz befindlichen Sender im Inland* ***mit ihrer Desinformation,*** *Verbreitung von Gerüchten, der Hetze gegen die Revolution*
- *die Rolle der Kirchenhierarchie, die in ihren Aufrufen zur Vergebung der Verbrechen der contra auffordert und massiv* ***Stellung gegen den patriotischen*** *Militärdienst bezieht*
- *die verstärkte Propaganda und Einflußnahme der Reaktion, organisiert in der CDN*
- *die Auswirkungen der weltweiten kapitalistischen Krise: Senkung der Preise der nicaragunanischen Exportprodukte bei gleichzeitiger Steigerung der Preise für notwendige Importgüter*
- *die Anhebung der internationalen Zinsraten, die automatisch die Auslandsschulden Nicaraguas wie die der übrigen verschuldeten Länder Lateinamerikas vergrößern. Ab 1985 werden 80 Prozent der Einnahmen aus dem Export für die Zahlung der Auslandsschulden benötigt werden. Hinzu kommt, daß Nicaragua ab 1985 mit der Rückzahlung der noch von Somoza gemachten Auslandsschulden beginnen muß. Um all diesen internationalen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, wie es die FSLN und die Regierung angekündigt haben, wird* ***kein*** *Geld für die Weiterentwicklung sozialer Programme, für den Ausbau von Straßen, für den Bau von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern vorhanden sein*
- *die Aufrechterhaltung des „Modells" der nationalen Einheit und der „gemischten Wirtschaftsform", das trotz aller Beteuerungen der FSLN in Wirklichkeit die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie und Großgrundbesitzer __ seien sie „patriotisch" oder nicht __ gestärkt hat. Gemischte Wirtschaftsreform bedeutet in der Praxis:*

  wirtschaftliche und finanzielle Subventionen für die Privatunternehmer
  Unmöglichkeit und auch Unfähigkeit, in den vom Staat kontrollierten Bereichen die Produktion und Verteilung umfassend zu organisieren
  Verstärkte Belastung der Werktätigen: 80 Prozent der staatlichen Steuereinnahmen sind indirekte Steuern, nur 20 Prozent werden von der Bourgeoisie getragen, die nach wie vor die wirtschaftliche Macht besitzt.
- *die — auf Druck der internationalen Sozialdemokratie — beschlossenen Wahlen und die in diesem Zusammenhang verabschiedeten Gesetze (Parteiengesetz und Wahlgesetz) schränken die tatsächliche Einflußnahme der Massen ein, behindern das, was wir unter Aufbau der „poder Popular", der Macht der Werktätigen verstehen.*

Wie kann dieser Offensive entgegen getreten werden? Noch bevor die Entscheidung über die Legalisierung der MAP-ml als politische Partei gefallen war (im Gegensatz zu den Parteien der Rechten wurde die MAP-ml erst im Juni legalisiert!) hatte die MAP einen „plan de emergencia para la defensa de la revolución" veröffentlicht, der konkrete Maßnahmen im wirtschaftlichen und politischen Bereich zur Verteidigung der Revolution und der Situation der Werktätigen vorsieht.

Dieses Aktionsprogramm geht von der Notwendigkeit des antiimperialistischen Klassenkampfs gegen den Imperialismus und die nationale Bourgeoisie aus und bildet heute die Grundlage des Wahlprogramms der Genossen.

Die MAP-ml schrieb ihre Kandidaten für das Präsidenten- und Vizepräsidentenamt, sowie für die Abgeord**neten der verfassungsgebenden** Versammlung offiziell am 25.7. ein. Ihre Kritik, daß die vorgesehene „Institutionalisierung" **nicht** die Macht und Einflußmöglichkeiten der Werktätigen **stärkt und ihr Kampf gegen** die Gefahr, daß der Wahlprozeß die Verteidigung schwächen und demobilisierend wirken kann, bestehen weiter.

(Eine Übersetzung dieses Aktionsprogramms, sowie eine Vorstellung der Kandidaten der MAP-ml folgt in einem der nächsten RM.)

und schmerzend". Das nicaraguanische Episkopat, das in den letzten Jahren mehr Priester und Nonnen in andere Länder „versetzte", weil sie mit der Revolution sympathisierten, als die Sandinisten auswiesen, sprach von einer „Strategie der Schwächung und Diskreditierung der Kirche".

60 zentralamerikanische Bischöfe bezeichneten die Maßnahme als „drastisch und unangemessen [!]" und weitere fünf erklärten, daß „die sandinistische Regierung versucht, den Marxismus in Zentralamerika zu propagieren". Die spanische Regierung unter Felipe Gonzales schickte eine Protestnote und Ronald Reagan nutzte die Gelegenheit zu einem Rundumschlag gegen die sandinistische Revolution.

Wo aber blieb der internationale Aufschrei der Presse, die vielzitierte „kritische Informationspflicht", als die mexicanischen Zeitungen „uno más uno" und „punto" am 22.7. Dokumente über die Kontaktaufnahme Ovando y Bravos mit einem Agenten der CIA in New York veröffentlichten, Dokumente, die beweisen, daß der Erzbischof von Managua aktiv an der Organisation der Konterrevolution beteiligt ist. Hier einige Auszüge aus dem „Memorandum", das John Meehan, Mitarbeiter der transinternationalen Firma W.R. Grace und Verbindungsmann zu J. Peter Grace, laut Philip Agees Enthüllungen, CIA-Agent, nach seinem Gespräch mit Ovando an J.P. Grace weiterreichte.

„Der Erzbischof von Managua informierte mich, daß er am Aufbau einer Organisation beteiligt sei, die die oppositionellen Gruppen zusammenfassen soll. Diese Organisation stelle die am besten organisierte Opposition gegen die Versuche der Regierung dar, das Land in eine marxistisch-leninistische Gesellschaft umzuwandeln ... es fehlt an Geld, um die Organisation ***zu verbreitern ... Der Erzbischof zeigte mir einen Plan von*** *Managua, aus dem die verschiedenen Betriebe, die Zahl der dort Beschäftigten und andere Einzelheiten hervorgingen und betonte die Notwendigkeit und Bedeutung finanzieller Unterstützung, um die gestellten Aufgaben durchzuführen."*

... „Der Erzbischof hat darüber hinaus alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten genutzt, um „dirigentes" zu fördern, die sich den Sandinisten entgegenstellen können".

Meehan befürwortete in seinem Schreiben an J.P. Grace die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Arbeit des Erzbischofs.

Während ich dies schreibe, hat sich die Kampagne des Vatikans und der nicaraguanischen Hierarchie gegen die vier Priester, die als Minister oder mit anderen Aufgaben in der sandinistischen Regierung arbeiten, weiter zugespitzt. Hauptargument der christlichen Demagogen: Priester dürfen sich nicht mit Politik beschäftigen — ausgenommen die natürlich, die den Status quo auf Erden festigen oder wie im Falle Ovandas wiederherstellen wollen.

Jubiläumsangebot

Aus Anlaß des 5. Jahrestags der nicaraguanischen Revolution bietet der RM-Verlag an: Das Solidaritätspaket Nicaragua: es enthält das RM-Taschenbuch „Brennpunkt Zentralamerika" (190 Seiten) und drei Plakate aus Nicaragua (DIN A 2). **Alles zusammen zum Superpreis von nur 15,— DM.**

Bestellungen an: Verlag RM, Postfach 300526, 46 Dortmund 30.

(Einzelpreise: RM-Taschenbuch: 11,80 DM, Plakat pro Stück 2,— DM, Einzelplakat 3,— DM incl. Versandkosten).







Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Reagans Scherz

„Meine Mitamerikaner. Ich habe die Freude, Ihnen mitzuteilen, daß ich gerade ein Gesetz unterzeichnet habe, durch das Rußland auf ewig geächtet (outlaw) wird. Die Bombardierung beginnt in fünf Minuten." Diesen geschmacklosen schauerlichen „Scherz" erlaubte sich der 73jährige amerikanische Präsident.

Wenn es nicht so ernst wäre, könnte man es als Schwachsinn abtun. Aber sind es nicht die Amerikaner, die mit „Atombombenspielen" das Gebiet um Fulda vernichten wollen? Haben nicht die Amerikaner mit Genehmigung der konservativen und klerikalen Wendepolitiker aus Bonn ihre Atomraketen in der BRD schon stationiert? Und sah Mister Reagan die Vernichtung des Kommunismus als des Bösen nicht als göttliche Aufgabe an?

Im Herbst 1984 finden in der BRD große NATO-Manöver statt. Wir sollten uns fragen, ob es reicht, händchenhaltend Friedenslieder zu singen? Und auf göttliche Gerechtigkeit zu warten? Meine Frage an die Adresse der sogenannten Gewaltlosen — Gewaltfreien — an Pazifisten und all die anderen, die an Wunder glauben: Ihr wollt keinen Krieg, das glaube ich sogar. Aber ihr habt auch noch keinen Krieg verhindert!

In allen kapitalistischen Staaten hat die Bourgeoisie, sei sie noch so aufgeklärt und demokratisch, heute wie damals, nie zurückgeschreckt vor Lüge, Betrug und Verbrechen, vor Hinschlachtung von Millionen Männern, Frauen und Kindern! Und das nur, um ihr Privateigentum an Produktionsmitteln zu retten, und wenn möglich, zu vermehren. Der ganze kapitalistische Staat beruht auf Gewalt und seinen militärischen Organisationen.

Die Gewalt ist seit der Herausbildung von Klassengegensätzen eine Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens und der geschichtlichen Entwicklung. Die Gewalt wird das weiterhin sein, bis die Klassengegensätze in der Welt beseitigt sind. Jede Gewaltanwendung muß im Zusammenhang mit dem Klassenkampf und den Klasseninteressen gesehen und beurteilt werden.

Gewalt kann nur durch Gewalt gebrochen werden! Das sagen wir offen. Nicht weil wir „Anbeter" der Gewalt sind, wie es sanfte bürgerliche und kleinkarierte, schielende pazifistische Gemüter uns in die Schuhe schieben wollen. Nein, wir beten die Gewalt nicht an, jedoch müssen wir mit ihr rechnen, wir werden täglich mit ihr konfrontiert! Die Gewalt spielt ihre geschichtliche Rolle, ob wir es wollen oder nicht. Davor die Augen zu verschließen, ist Dummheit!



Wir Kommunisten sind davon überzeugt, daß militärische Umwälzung nicht zu trennen ist von sozialer, politischer, ideologischer und ökonomischer Umwälzung. Daß diese Umwälzung gewaltsame Eingriffe in die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse auch in der Bundesrepublik beinhaltet.

Wir kämpfen für den Sozialismus! Für die Zerschlagung des bürgerlichen Machtapparates mit all seinen Institutionen. Für ein Leben ohne Verfassungsschutz, ohne Bundesnachrichtendienst, ohne militärischen Abschirmdienst!

Für ein Leben in Freiheit und Demokratie!

14. 8. 84
Harry

Unverständlich

Liebe Genossen!

Eure in letzter Zeit sehr deutliche einseitige Stellungnahme im Golfkrieg zugunsten „des Iran" (zuletzt im RM 27) finde ich völlig unverständlich. Unter der Überschrift „Irak bombardiert Schiffe" meldet ihr unter anderem: „Diese erneute Eskalation am Golf dient der irakischen Regierung dazu, die durch den langen Krieg schon hart angespannte Lage im Iran dahingehend zu verschärfen, daß der gesamte Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland, vor allem aber Ölexporte zunichte gemacht werden." Habt ihr denn schon jemals an gleicher Stelle gemeldet, daß „der Iran" immer noch irakische Gebiete besetzt hält und daß die „iranische Regierung" bisher auf zahlreiche internationale Vermittlungsversuche und auch auf Verhandlungs- und Friedensangebote seitens des Irak bis auf zwei zeitlich sehr begrenzte Ausnahmen immer negativ oder überhaupt nicht reagiert hat und daß die iranische Regierung weiter an ihren äußerst reaktionären Kriegszielen festhält?

Die angespannte Lage im Iran kommt doch wahrhaftig nicht nur durch den Krieg zustande sondern auch durch die durchgehend antidemokratische Politik des Regimes selbst. Funktionäre des Khomeiny-Regimes bekennen selbst, daß für ihr Regime die Fortsetzung des Krieges überlebenswichtig ist. Und außerdem: Seit wann ist es denn unsere Sorge, daß ein bis auf die Knochen volksfeindliches Regime, das sich trotz weiterhin totaler Unterdrückungsmaßnahmen einer wachsenden Opposition des Volkes gegenübersieht, normalen „Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland" betreiben kann? Ebenso könnte man ja dann auch die seit Jahren andauernde Blockade der irakischen Ölpipeline ans Mittelmeer durch Syrien erwähnen. Wenn Khomeiny wirklich unabhängig vom Imperialismus wäre und auch nur etwas für das Volk tun wollte, warum zieht er dann nicht seine Besatzungstruppen aus dem Irak zurück bis zur Grenze und verwendet die freiwerdenden Gelder sinnvoll für den Aufbau des Landes? Die Wahrheit ist, daß er den Krieg braucht, um zu überleben und daß die Kapitalisten aller Couleur in gewissem Ausmaß den Krieg auf beiden Seiten brauchen, um Profite zu machen. West und Ost und gerade auch die BRD beliefern beide Seiten im Krieg mit Waffen und Material und lassen die beiden Völker ausbluten. Der Wirtschaftsverkehr der BRD mit dem Iran war noch nie so gut wie gerade jetzt.

Natürlich müssen irakische Giftgasangriffe entschieden verurteilt werden. Geradezu widerwärtig und heuchlerisch finde ich aber in diesem Zusammenhang auch die Propagandakampagne des Khomeiny-Regimes. Da werden einige wenige bedauernswerte Opfer der Giftgasangriffe in der Welt regelrecht vorgeführt, während gleichzeitig auf fremdem Staatsgebiet unter Ausnutzung religiöser Gefühle durch das Regime fanatisierte Menschen zu Tausenden wie die Hasen in den Tod getrieben werden, während gleichzeitig so feine Herren wie der Tabatabai in der Welt herumreisen und selbst bei Faschisten und Rassisten Waffen zusammenkaufen und andere dunkle Geschäfte betreiben. Und gleichzeitig werden die politischen Gefangenen gefoltert und ermordet schlimmer als zur Schah-Zeit.

Warum schreibt ihr nicht mal etwas über die wachsende Friedens- und Widerstandsbewegung in der iranischen Bevölkerung, über die Folter in den Gefängnissen über die Lage der Arbeiter, der Frauen usw.? Auch im Iran bleibt nichts so wie es einmal war, und es stimmt einfach nicht, daß sich da überhaupt nichts tut, was berichtenswert wäre. Die Bevölkerung und die Widerstandsorganisationen reagieren entsprechend ihren „Möglichkeiten zunehmend auf die Unterdrückung und Ausbeutung und die politischen Kräfteverhältnisse scheinen sich langsam zuungunsten des Regimes zu verschieben.

H., Mülheim

Verwunderung

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit großer Verwunderung habe ich im RM vom 11.5.84 S. 11 solche Namen wie Breslau, Danzig oder Stettin gelesen.

Euch sollte doch auch bekannt sein, daß diese Städte heute einen polnischen Namen haben.

Im Westen werden immer noch die alten Namen benutzt, weil sie sich nicht damit abfinden wollen, daß diese Städte heute polnisch sind. Dies braucht ihr ja wohl nicht auch noch unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen
K. B., Westberlin



PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

KJD

Vorbereitungstreffen für das Friedenscamp Hildesheim
Samstag, 25. August, 15 Uhr
Hannover, Freizeitheim Linden, Windheimstraße
Für alle KJD-Gruppen und Interessierte aus Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Hamburg und Niedersachsen

KJD

Mädchenseminar der KJD: „Wer glaubt, daß Mädchen dümmer sind ... der spinnt, der spinnt"
Wochenende 22. und 23. September
im Raum Westfalen
Anmeldung und Auskunft im zentralen Büro

KJD

Aktionstage Manöverbehinderung in Hildesheim und Umgebung
15. - 22. September
In diesen Tagen organisiert die KJD ein eigenes Camp im Manövergebiet. Interessenten melden sich bitte im zentralen Büro.

HANNOVER

„Die NATO probt den Krieg — Herbstmanöver um Hildesheim"
Diskussionsveranstaltung der KPD und KJD Hannover
31. August, 20 Uhr
„Gaststätte Grotte", Fundstraße

FRIEDENSKONFERENZ

Die Nordkonferenz der Friedensbewegung
9. September, 10 Uhr
Hannover, Raschplatz-Pavillon

Arbeitslosentreffs der KPD

FÜR DEN BEREICH MITTE:
Sonntag, 2. September um 11 Uhr
im zentralen Parteibüro, Dortmund-Hörde

FÜR DEN BEREICH NORD
Samstag, 8. September um 11 Uhr
Tählmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Hamburg 6

Für den Bereich Süd steht noch kein Termin fest

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

Spenden für den Roten Morgen	DM
P.K., München	500,—
H., Coburg	10,—
M.P., Duisburg	30,—
R.K., Westberlin	20,—
insgesamt	560,—

Seit Jahresanfang sind damit 3825,95 DM Spenden für den RM eingegangen.

Spenden für die KPD	
Zelle Kreuzberg	500,—
O.I., Mülheim/Ruhr	100,—
M.H., Stuttgart	70,—
M., Bremen	100,—
E.H., Bremen	300,—
W. u. P.R., Kiel	5000,—
W.H., München	200,—
B.T., Freiburg	43,80
Buchladen RM Bremen	60,—
N.D., Dortmund	4,—
R.C., Lingen	20,—
KPD Weser-Ems	670,50
KPD Witten	1336,—
R.J., München	700,—
T.H., Lübeck	39,—
insgesamt	9143,30

Seit Jahresanfang sind damit 25090,30 DM Spenden für die KPD bei uns eingegangen.

Spenden für die Kampagne zur 35-Stunden-Woche	
KPD Gelsenkirchen	500,—
Kollegen und Genossen von Still, Hamburg	81,—
insgesamt	581,—

Für diese Kampagne sind damit 8131,— DM Spenden bei uns eingegangen.

Spenden für die britischen Bergarbeiter	
P.H., Hamm	200,—
U.K., Hamburg	800,—
W. St., Münster	300,—
insgesamt	1300,—

Spenden für die KJD	
LBV Hessen	135,—
J.S., Bremen	50,—
insgesamt	185,—

Allen Freunden und Genossen: heißen Dank!

Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. ....

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....
○ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ....
Straße ....
PLZ/Ort ....

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

„Die neue Armut“

Unter diesem Titel haben vier Journalisten des Rheinischen Journalistenbüros in Köln im Bund Verlag ein Buch veröffentlicht, mit dem Untertitel „Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung“. Es ist nicht nur die erste Zusammenfassung der Auswirkungen der Sparoperationen 82 (Schmidt) und 84 (Kohl). Das allein wäre schon verdienstvoll genug. Es bringt darüber hinaus detaillierte Zahlen über Arbeitslose ohne Unterstützung, zahlreiche Fallreportagen und Dokumente. Verbunden damit eine Analyse der Entwicklung der Arbeitslosenversicherung seit Weimar und Vorschläge für ihre Verbesserung. Wir veröffentlichen auf dieser Seite Auszüge, die unserer Meinung nach repräsentativ für das ganze Buch sind. Sie sollen für jeden, der mit diesem Problem konfrontiert ist, eine Anregung sein, das Buch zu lesen. Sie sollen deutlich machen, wie gravierend die Verschlechterungen in diesem Bereich sind. In einer unserer kommenden Ausgaben werden wir auch noch auf die wichtigsten Vorstellungen der Autoren eingehen, aber davon unangetastet ist die Nützlichkeit dieses Werks.

Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld

Zweimal wurde in den letzten Jahren bei der Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe der Rotstift angesetzt: durch das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz (AFKG) 1982 und durch das Haushaltsbegleitgesetz 1984. Im folgenden werden zunächst die Veränderungen beim Arbeitslosengeld beschrieben.

Operation 82: Die versteckte Kürzung

„Das Arbeitslosengeld beträgt 68 vom Hundert des um die gesetzlichen Abzüge, die bei Arbeitnehmern gewöhnlich anfallen, verminderten Arbeitsentgeltes“ — so heißt es im Gesetzestext vor und nach der Verabschiedung des AFKG von 1982. Auf den ersten Blick scheint also zum Jahreswechsel 81/82 alles beim Alten geblieben zu sein. Tatsächlich wurde jedoch die Berechnungsgrundlage für die Arbeitslosenunterstützung geändert. Das Nettoarbeitsentgelt, das die Arbeitsämter bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung zugrundelegen, ist nicht zu verwechseln mit dem zuletzt verdienten Nettolohn. Für Überstunden, Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld müssen die Beschäftigten zwar Versicherungsabgaben zahlen. Doch bei der Berechnung des ALG werden diese Lohnbestandteile nicht mit angerechnet. Bis zur Verabschiedung des AFKG wurden immerhin noch die Überstundenzuschläge bei der ALG-Berechnung berücksichtigt. Doch seit dem 1.1.82 zählt nur noch der Lohn, den die Arbeitslosen vorher während der tariflichen Arbeitszeit — also in der Regel während einer 40-Stunden-Woche — verdient haben. Das so konstruierte Nettoarbeitsentgelt fällt deshalb meist niedriger aus als der tatsächliche Nettolohn. Dies bringt für die Betroffenen erhebliche Nachteile, wie die folgenden Berechnungen belegen:

Durch Weihnachts- und Urlaubsgeld wurde das Brutto-Jahreseinkommen der Arbeiter und Angestellten 1983 im Schnitt um 91 % ihres Monatseinkommens aufgebessert. (3) Verteilt auf zwölf Moante erhöhte sich damit das Monatseinkommen im Schnitt um brutto 7,6 %. Im gleichen Jahr leisteten die Beschäftigten durchschnittlich pro Woche 1,51 Überstunden. (4) Das durchschnittliche Monatseinkommen vergrößerte sich — wenn man Überstundenzuschläge berücksichtigt — damit noch einmal um brutto 4,7 %. Es lag also 1983 im Schnitt um insgesamt 12,3 % (7, % Weihnachts- und Urlaubsgeld plus 4,7 % Mehrarbeitsverdienst) höher als das fiktiv errechnete „Arbeitsentgelt“, das die Arbeitsämter für die Unterstützungshöhe zugrunde legen. Umgekehrt ausgedrückt: Nur 89 % des tatsächlichen Brutto-Monatseinkommens vor der Arbeitslosigkeit wurden 1983 bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes berücksichtigt.

Erschienen im Bund-Verlag, Köln, 1984, 171 Seiten, 12,80 DM.
Zu bestellen auch beim Verlag Roter Morgen.

„68 Prozent Arbeitslosengeld – das stimmt doch gar nicht“

Josef S. (52) arbeitete seit 1975 bei einer Bocholter Firma als Anstreicher. Anfang Februar 1983 wurde er entlassen. Josef S. verdiente in seinem letzten Arbeitsmonat

Bruttomonatslohn (40-Stunden-Woche)	*2 323 DM*
Überstundenentgelt (45 Stunden)	*604 DM*
Überstundenzuschlag (25%)	*151 DM*
Monatlicher Anteil Urlaubs- und Weihnachtsgeld	*96 DM*
Bruttolohn Januar 1983	*3 174 DM*

Er beantragte Arbeitslosengeld. Als Arbeitsentgelt im Sinne des AFG wurden jedoch nur die 2 323 DM bei der Berechnung des ALG zugrundegelegt, die Josef S. als Bruttolohn für die tarifliche Arbeitszeit von 40 Stunden bezog. Dies waren allerdings lediglich 73% seines tatsächlichen Monatslohns. Entsprechend niedrig fiel das Arbeitslosengeld aus. Das Arbeitsamt überwies dem Anstreicher als Verheiratetem nach „Leistungsgruppe C“ nur 1 131 DM im Monat. Wäre sein ganzes Einkommen zugrunde gelegt worden, hätte der Anstreicher monatlich 1 482 DM, also 351 Mark mehr bekommen. Tatsächlich bezog er damit nur 51,9% seines vorherigen Netto-Einkommens als Arbeitslosengeld!
Ironie des Schicksals: Kurz vor seiner Arbeitslosigkeit mußte Josef S. das örtliche Arbeitsamt anstreichen. Der Anstreicher erinnert sich: „Da stand so ein Ständer mit Broschüren, da hab' ich gelesen, das Arbeitslosengeld wäre 68%. Das stimmt doch gar nicht.“

Nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben entspricht dies 90,3 % des tatsächlichen Netto-Monatseinkommens vor der Arbeitslosigkeit. (5) Das Arbeitslosengeld beträgt damit nicht 68 % des letzten Nettogehaltes, sondern nur 61,4 % (68 % von 90,3 %). (6)

Operation '84: Die offene Kürzung

Nach der versteckten Kürzung der Arbeitslosenunterstützung durch das AFKG 1982 folgte mit der Operation 1984 erstmals eine offene Kürzung. Erwerbslosen ohne Kinder wurde das Arbeitslosengeld um 5 Prozentpunkte gekürzt. Statt 68 % bekommen sie jetzt nur noch 63 % ihres letzten „Nettoarbeitsentgelts“. Das sind im Schnitt nur 56,9 % (63 % von 90,3 %) ihres Netto-Einkommens vor ihrer Arbeitslosigkeit. Rund zwei Drittel der Arbeitslosengeldbezieher vom Febraur 1984 waren von dieser weiteren Kürzung betroffen. Sie erhielten im Schnitt 71,69 Mark weniger im Monat als 1983. Damit spart die Bundesanstalt für Arbeit 1984 schätzungsweise 574 Millionen Mark ein. (7)

Noch wesentlich härter trifft die Operation 1984 diejenigen Erwerbslosen, die unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschluß ihrer Ausbildung arbeitslos werden.

Arbeitslosengeld für Ex-Lehrlinge um ein Drittel gekürzt

Bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes für Ex-Lehrlinge gibt es eine Sonderregelung. Es wird nicht ihr letztes Einkommen (also das Ausbildungsentgelt) zugrunde gelegt, sondern ein Anteil des zu erwartenden Einkommens, das sie als Facharbeiter oder Angestellter verdienen könnten. Die Arbeitsämter prüfen also, für welche Arbeiten die arbeitslosen Ex-Lehrlinge qualifiziert sind und stellen den entsprechenden Tariflohn fest. Bis 1984 nahmen sie drei Viertel davon (75 %) als Bemessungsgrundlage für das ALG. Wer nach seiner Ausbildungszeit arbeitslos wurde, erhielt also bis 1984 ein ALG in Höhe von 51 % des zu erwartenden tariflichen Entgelts (68 % von 75 % des Einstieg-Tariflohns bzw. -gehalts).

Nach der Operation 1984 gehen die Arbeitsämter nur noch von der Hälfte und nicht mehr von drei Vierteln des zu erwartenden Einkommens aus, wenn sie das Arbeitslosengeld berechnen. Die Bemessungsgrundlage wurde also um ein Drittel von 75 % auf 50 % gekürzt. Weiterhin können erwerbslose Ex-Lehrlinge, die in der Regel ja auch kinderlos sind, ab Januar nur noch mit einem ALG von 63 % (und nicht mehr 68 %) rechnen. Arbeitslose Ex-Lehrlinge erhalten also ein ALG in aller Regel nur noch 31,5 % (63 % von 50 %) des Einkommens, das sie an ihrem ersten Arbeitsplatz erhalten könnten.

Nur in wenigen Fällen, überwiegend im kaufmännischen Bereich, können die Arbeitsämter das ALG nicht in diesem Ausmaß kürzen. Wenn die Ausbildungsvergütung höher ist als die Hälfte des zu erwartenden Facharbeiter- bzw. Angestelltenlohns, dann muß bei der Berechnung des ALG der Lehrlingslohn zugrunde gelegt werden. Denn die Erwerbslosen haben dann durch die Arbeitslosenversicherungsbeiträge, die sie von ihrem „Lehrlingslohn“ gezahlt haben, schon einen Rechtsanspruch auf ein höheres ALG erworben. Das ALG beträgt dann für Kinderlose 63 % des Ausbildungsentgeltes im letzten (in der Regel: dritten) Ausbildungsjahr. Das bedeutet, daß es auch in diesen Fällen seit 1984 wesentlich weniger ALG als vorher gibt.

Ein Beispiel aus dem Bereich der kaufmännischen Berufe macht das deutlich: Im Tarifbereich „Bauhauptgewerbe“ gab es mit 1041 DM Ende 1983/Anfang 1984 eine relativ hohe Ausbildungsvergütung für kaufmännische Auszubildende im 3. Lehrjahr. Das entsprechende Brutto-Einstiegsgehalt für Angestellte lag bei 1877 DM. Das Ausbildungsentgelt betrug damit 55 % des Angestelltengehalts. Seit 1984 ist damit hier das Ausbildungsentgelt Bemessungsgrundlage für das ALG. Wer in diesem Tarifbereich nach seiner Ausbildung erwerbslos wird, erhält damit heute nach der Leistungstabelle für das Jahr 1984 ein ALG in Höhe von 484 DM monatlich. 1983 waren noch 75 % des Einstiegsgehalts für Angestellte also 1408 DM, Bemessungsgrundlage für das ALG. Die Leistungstabelle für das Jahr 1983 weist für dieses (Brutto-)Entgelt ein ALG von monatlich 676 DM aus.

Durch die Operation 1984 ist damit das ALG für Auszubildende, die nach einer kaufmännischen Ausbildung im Bauhauptgewerbe nicht übernommen wurden, von monatlich 676 DM auf 484 DM gekürzt worden. Das macht unterm Strich ein Minus von 192 DM oder 28 %.

Nur wenige Lehrlinge haben jedoch ein vergleichbar hohes Ausbildungsentgelt. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) hat eine Untersuchung über die Lohn- und Gehaltsstruktur in den wichtigsten Tarifbereichen (Stand: Januar 1983) vorgenommen. Danach überschritt im kaufmännischen Sektor nur in sieben von 25 Tarifbereichen das Ausbildungsentgelt des 3. Lehrjahres 50 % des Facharbeiterlohns. Im gewerblichen Bereich galt dies sogar nur für einen der 30 wichtigsten Tarifbereiche. Für fast alle arbeitslosen Ex-Lehrlinge aus dem gewerblichen Bereich sind damit die 50 % des Facharbeiterlohns, die sie erreichen könnten, die Bemessungsgrundlage zur Berechnung des ALG.

Für den gewerblichen Bereich läßt sich demnach auf der Grundlage der Einstiegslöhne für Facharbeiter ziemlich exakt berechnen, wie sich die Kürzungen des Jahres 1984 für Lehrlinge auswirken, die nach ihrer Ausbildung erwerbslos werden. In den vom WSI ausgewerteten Tarifverträgen lag der Tariflohn nach abgeschlossener Berufsausbildung im Januar 1983 im Schnitt bei brutto 2038 DM. Dieser Durchschnittslohn gilt für über 21jährige Facharbeiter. Für jüngere Facharbeiter sind noch altersspezifische Abzüge vorzunehmen. Wer vor vollendeten 18. Lebensjahr erhalten Jugendliche nur 89 % dieses Durchschnittsverdienstes, bis zum vollendeten 19. Lebensjahr im Schnitt 98 %. Für höhere Altersgruppen spielen altersspezifische Abzüge keine nennenswerte Rolle. Die so gewonnenen Werte haben wir um 3,2 % — dies entspricht der durchschnittlichen Tariflohn-Erhöhung im Jahre 1983 — nach oben hin korrigiert. Auf diese Weise haben wir die durchschnittlichen Einstiegslöhne für 17jährige, 18jährige und ältere Facharbeiter gewonnen. Die Bemessungsgrundlage für das ALG ist seit 1984 die Hälfte dieser Beiträge. Übersicht 15 zeigt, welche Folgen die jüngsten Gesetzesverschärfungen haben:

Für arbeitslose Ex-Lehrlinge des gewerblichen Bereichs wurde als ALG — je nach Alter — um 237 bis 258 DM monatlich gekürzt: Die Kürzungen machen damit 34 bis 35 % aus.

1984: Arbeitslosengeld heute niedriger als vor drei Jahren

Die Kürzungen der letzten Jahre zeigten Wirkung: Das durchschnittlich ausgezahlte Arbeitslosengeld im Februar 1984 fiel unter den Stand des Jahres 1981.

Bei diesen Zahlen muß man noch berücksichtigen, daß sich die Zusammensetzung der Erwerbslosen in den letzten Jahren verändert hat: Seit 1981 ist der Anteil der Männer und der beruflich qualifizierten Arbeitslosen an der Gesamtzahl der registrierten Erwerbslosen deutlich gestiegen. (8) Da diese Gruppen vor ihrer Arbeitslosigkeit aber mehr verdient hatten als unqualifizierte Lohnabhängige und Frauen, erhalten sie auch mehr ALG. (9) Würde man die Zusammensetzung der Arbeitslosen von 1981 zugrunde legen, so läge das durchschnittliche Arbeitslosengeld heute noch deutlicher unter dem damaligen Wert.

Die Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe

Obwohl immer mehr Erwerbslose — wie oben gezeigt wurde — auf die niedrigere Arbeitslosenhilfe angewiesen sind, wurde auch hierbei ähnlich wie beim Arbeitslosengeld gestrichen und gespart. Bis 1984 lag die ALHI generell bei 58 % des „Nettoarbeitsentgelts“ vor der Arbeitslosigkeit. Seit dem 1.1.1984 erhalten Erwerbslose ohne Kinder nur noch 56 % (58 % gibt es nur noch für Erwerbslose mit Kindern). Von dieser Kürzung waren im Februar 1984 rund drei Viertel aller Bezieher von Arbeitslosenhilfe betroffen. Die Kürzungen laben im Schnitt bei 27 Mark im Monat. Damit wurden im Jahr 1984 schätzungsweise 168 Millionen Mark eingespart. (10)

Auch bei der Arbeitslosenhilfe wird nicht das tatsächliche Einkommen, sondern nur der Verdienst während der tariflichen Arbeitszeit berücksichtigt. Überstunden, Weihnachts- und Urlaubsgeld werden wie beim ALG nicht mitangerechnet. Die ALHI beträgt daher im Schnitt bei Erwerbslosen ohne Kinder nicht 56 %, sondern nur 50,6 % ihres Lohnes vor der Arbeitslosigkeit. Und Erwerbslose mit Kindern erhalten im Schnitt nicht 58 %, sondern nur 52,4 %.

Anmerkungen

(Die hier wiedergegebenen Anmerkungen entsprechen der Numerierung im Buch selbst.)

3 Der Bundesinnenminister für Arbeit und Sozialordnung, Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen im Jahr 1983, Bonn, Januar 1984

4 Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung des IAB (Bundesanstalt für Arbeit) 4/83, S. 340

5 Der Unterschied zu den Bruttowerten ergibt sich dadurch, daß aufgrund des von den Arbeitsämtern fiktiv angesetzten niedrigen Buttogehaltes durch die Steuerprogression die Abzüge entsprechend auch etwas niedriger ausfallen

6 Eigene Berechnungen des Rheinischen Journalistenbüros für einen ledigen Durchschnittsverdiener

7 Von den von der Bundesanstalt für Arbeit angenommenen 1036000 ALG-Empfängern im Jahr 1984 sind 64,4 % von den Kürzungen betroffen. Das macht Einsparungen von 574 Millionen Mark im Haushaltsjahr 1984 aus. Die Bundesregierung weist als Folge der Kürzungen für Kinderlose beim ALG, Kurzarbeitergeld und Schlechtwettergeld insgesamt Einsparungen von 940 Millionen Mark für das Haushaltsjahr 1984 aus. (Quelle: Bundestagsdrucksache 10/335 vom 2.9. 1983).

8 Eine solche „Strukturveränderung“ gibt es immer dann, wenn sich die Wirtschaftskrise verschärft und die Arbeitslosigkeit stark steigt. Dann nämlich verlieren auch mehr Lohnabhängige, die von ihrer Arbeitslosigkeit zu den Stammbelegschaften zählten, ihren Arbeitsplatz.

9 Im Oktober 1983 erhielten erwerbslose Frauen im Schnitt ein ALG von 723 DM; Männer dagegen monatlich 1117 DM (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 1/84, S. 52 ff.)

10 Die Bundesregierung schätzte die Haushaltseinsparungen für 1984 auf 115 Millionen Mark ein. Sie geht dabei offensichtlich von zu niedrigen Zahlen bei den ALHI-Empfängern aus. (Quelle: Bundestagsdrucksache 10/335 vom 2.9.83)

Schon lange schwelen Konflikte innerhalb der Vertretung des palästinensischen Volkes, innerhalb der PLO. Schon vor dem Abzug der letzten Kämpfer aus dem Libanon hat es offene Rebellion zwischen den Befreiungskämpfern gegeben. Spielte zunächst die Politik Syriens die Hauptrolle, kamen später immer mehr Konfliktpunkte hinzu.

Im Kampf um die letzten Stellungen der Palästinenser in der Nähe ihres von den israelischen Zionisten besetzten Heimatlandes hatte der syrische Staatschef Assad eigene Ziele verfolgt, hatte versucht, auf den Kampf der Palästinenser massiv Einfluß zu nehmen. Dabei hat er auch Teile der Organisation Al-Fatah auf seine Seite bekommen. Die militärische Stärke und die strategische Lage Syriens — als notwendiges Hinterland für die Befreiungskämpfer — sollte von Assad ausgenutzt werden, um von Damaskus aus die Politik der PLO zu bestimmen.

Nach dem Abzug der Kämpfer aus Tripolis im Libanon wuchsen die Widersprüche im palästinensischen Lager. Vor allem die Gespräche des Führers der Al-Fatah, Yassir Arafats, mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak und dem König Hussein von Jordanien stießen auf breite Kritik. Nach monatelangen Gesprächen zwischen rivalisierenden Gruppierungen einigte man sich jetzt auf einen Kongreß der Palästinensische Befreiungsfront PLO für die zweite Septemberhälfte. in Algier. Alle wichtigen Gruppen, die Al-Fatah, die PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) und die DFLP (Demokratische Front für die Befreiung Palästinas) unterstützen die Einberufung des Kongresses.

Wir geben im folgenden die Erklärung der Informationsstelle Palästinas wieder, wie sie im „Palästina Bulletin" vom 7.9. abgedruckt war. Obwohl hier nicht immer sehr konkret argumentiert wird, meinen wir, daß dieser Text sowohl die Tiefe des Konflikts im palästinensischen Lager wiedergibt, als auch das Bemühen, über die Einberufung des PLO-Kongresses, der praktisch das Exil-Parlament der Palästinenser ist, aus den Schwierigkeiten herauszukommen und wieder einheitlich an der Aufgabe der Befreiung des palästinensischen Volkes zu arbeiten und dem leidgeprüften Volk eine Heimat, einen eigenen Staat zu verschaffen. Für dieses Ziel gelten dem Kongreß unsere besten Wünsche.


Im Kreuzfeuer der Kritik: Yassir Arafat

Palästinensischer Nationalrat:

Die Verhandlungen gehen weiter

Tunis, 5.9.1984. In der vergangenen Woche fanden in Tunis eine Reihe vn offiziellen, vorher nicht angekündigten Treffen zwischen Mitgliedern des Zentralkomitees von Al Fatah und Vertretern der demokratischen Allianz statt. Bei dieser Zusammenkunft traf der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat, mit einer Delegation der demokratischen Allianz zusammen, die nach Tunis gekommen war, um noch einmal zu bestätigen, daß sie an Wort, Geist und Wesen der Übereinkunft von Aden und Algier festhalte. Mitglieder der Delegation teilten darüber hinaus mit, daß sie diese Übereinkunft gegen alle Anfechtungen verteidigen werden, deren Ziel es ist, diese zu entkräften und zu unterlaufen. Die Delegation verlieh ihrem Willen Ausdruck, all diesen Versuchen entgegenzutreten, die die Arbeit der recht mäßigen Institutionen der PLO erschweren.

In diesem Zusammenhang brachte die Delegation der demokratischen Allianz eine Reihe von Problemen vor, mit denen sie konfrontiert ist, aufgrund des Drucks, der besonders von syrischer Seite auf sie ausgeübt wird.

Als Antwort darauf erklärte das Zentralkomitee Al Fatahs die Bedeutung und die Notwendigkeit der Zusammenkunft des Palästinensischen Nationalrats (PNR) zum bereits festgesetzten Zeitpunkt in Algier. Weiter heißt es, daß Al Fatah sich nach Aufnahme des demokratischen Dialogs keiner Provokation oder Drohung beugen werde, von welcher Seite diese auch immer kommen mag. Die Delegation der demokratischen Allianz billigte diesen Standpunkt. Sie wird nach Algier reisen, um mit allen beteiligten Parteien in Anwesenheit der algerischen und jemenitischen Brüder die Details abschließend zu klären.

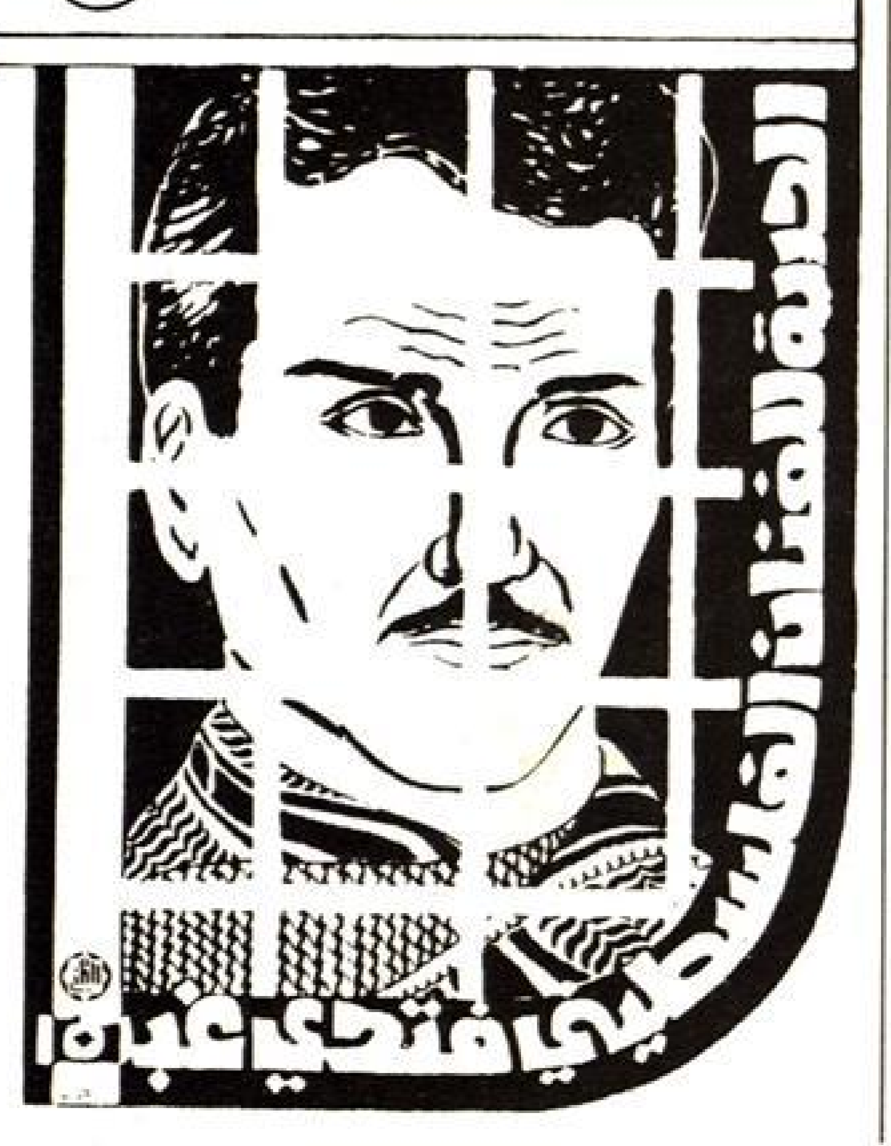
Das Kommuniqué, das von der demokratischen Allianz in Damaskus am vergangenen Samstag herausgegeben wurde, bestätigt das Interesse aller Teile der palästinensischen Revolution an der Einheit unter Führung der PLO. Alle beteiligten palästinensischen und syrischen Gruppen wurden darin aufgerufen, allen palästinensischen Gruppen den Weg zu ebnen, an der kommenden Sitzung des PNR teilzunehmen, der wie zuvor übereingekommen in der 2. Septemberhälfte in Algier stattfinden wird. Weiterhin wurden Streitkräfte, Politiker und arabische Patrioten aufgefordert zu handeln, um die Anstrengungen und die Vermittlungsbemühungen zur Wiederherstellung der Einheit der PLO zum Erfolg zu führen, die Arbeit der rechtmäßigen Institutionen der PLO weiterzuentwikkeln und dafür zu sorgen, daß man gemeinsam an der Sitzung des PNR teilnimmt.

Yassir Arafat gab im Anschluß daran folgende Erklärung ab: „Das Zusammentreten des PNR enthüllt die Verschwörung und entlarvt die Verschwörer. Es bestätigt einmal mehr die Fähigkeit unseres Volkes und seiner nationalen, patriotischen Führung, die Verschwörung zu verhindern und die Verschwörer zu besiegen."

Auch von militärischer Seite wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem auf die Dringlichkeit hingewiesen wird, Ort und Zeit des Zusammentretens des PNR einzuhalten.

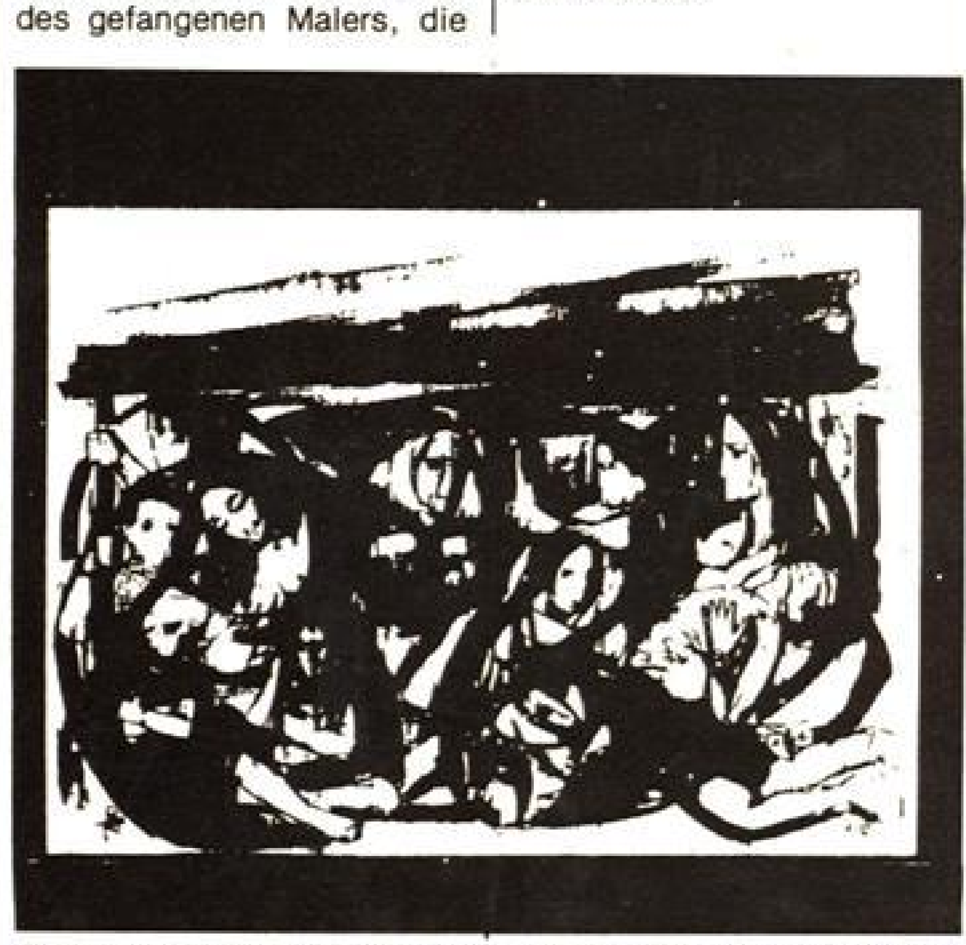
Ebenso äußerten sich die palästinensischen Gewerkschaften, Volks- und Berufsorganisationen. Sie unternahmen zahlreiche Aktivitäten in dieser Richtung und schickten ein Memorandum an den Präsidenten des PNR, in dem er aufgefordert wird, die Einladung zum PNR zum festgesetzten Termin und Ort auszusprechen.

Freiheit für Fathi Ghabin



Der palästinensische Maler Fathi Ghabin sitzt in einem zionistischen Gefängnis. Wegen „aufrührerischer Malerei"(!) ist er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Um diesen skandalösen Fall anzuprangern und konkrete Hilfe für dessen Frau zu leisten, kamen im Juni in Jerusalem viele palästinensische Künstler zu einem Solidaritätstag zusammen. Es gab eine Verkaufsausstellung palästinensischer Malerei und viele Maler boten an, Portraits an Ort und Stelle zu malen. Diese Möglichkeit wurde viel genutzt, und so konnte der Frau des gefangenen Malers, die mit sieben Kindern im Lager Jabalya in Gaza lebt, gut geholfen werden.

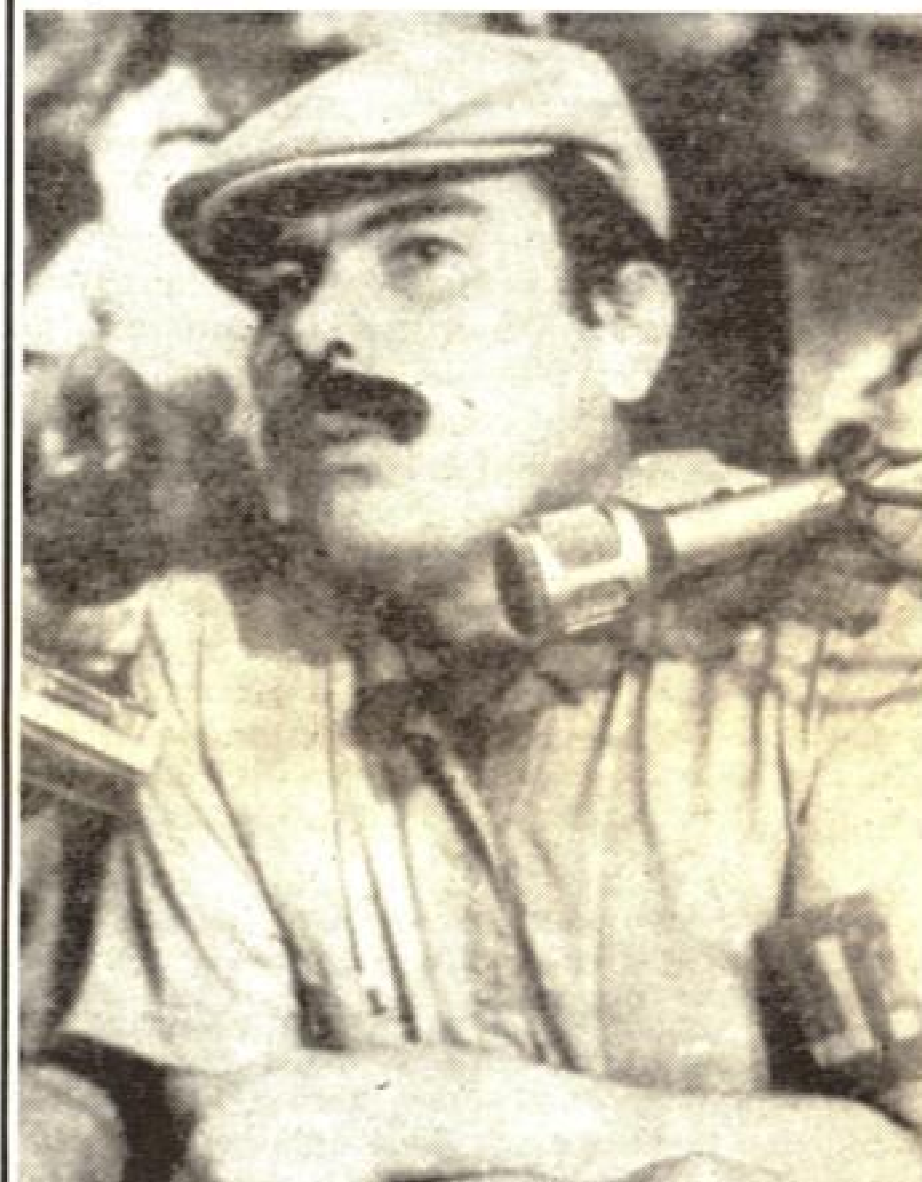
Das Künstlertreffen — das erste seiner Art in dem von Israel besetzten palästinensischen Gebiet — verabschiedete auch eine Presseerklärung, die die Inhaftierung Ghabins verurteilt. Die Erklärung unter der Losung „Hände weg von Ghabin" rief die israelische und internationale Öffentlichkeit auf, sich ihrer Forderung „nach Freilassung eines einzelnen, der im Gefängnis sitzt, weil er sich in seiner Kunst ausdrückte", anzuschließen.


Malerei des Widerstands: eine palästinensische Arbeit über das Leben im Lager in den besetzten Gebieten


Revolucion
Organo Central del Partido Comunista de Colombia (marxista leninista)

In ihrer jüngsten Ausgabe berichtet die Zeitung „Revolucion", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Kolumbiens(M-L) über die im ganzen Land begangenen Veranstaltungen und Feierlichkeiten anläßlich des Waffenstillstandsabkommens zwischen der kolumbianischen Regierung und verschiedenen Guerillaorganisationen. Aus „Revolucion" sind auch die folgenden Bilder.


Kolumbien: Großkundgebung der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten aus Anlaß des Abschlusses des Waffenstillstandsabkommens verschiedener Guerillatruppen (darunter auch der von der Partei geführten EPL) mit der Regierung. An der Kundgebung in Medellin beteiligten sich 35000 Menschen.



Ernesto Rojas, Kommandant der EPL (Volksbefreiungsarmee) und Mitglied des zentralen Exekutivkomitees der KPK(M-L)


Im Hintergrund die Fahne der Partei beim offiziellen Unterzeichnungsakt mit Regierungsvertretern

Meldungen

Frankreich

Schnelle Eingreiftruppe

Der Verteidigungsminister der „sozialistischen" Regierung Frankreichs, Charles Hernu, hat den Aufbau einer „schnellen Eingreiftruppe" angekündigt. Nach seinen Worten soll sie das „Gleichgewicht des Friedens in Europa und der Welt" aufrechterhalten. Diese „große strategische Neuheit", so Hernu, soll eine Armee-Einheit von 47000 Mann sein. Ihr sollen unter anderem drei Regimenter mit 240 (deutsch-französischen) Kampfhubschrauben gehören, die rund 400 Panzerabwehrraketen zur Verfügung haben. Unterstützt werden sollen diese Einheiten von einer „leichten" Panzerdivision, die bereits im Juli dieses Jahres aufgestellt wurde.

England

Schnelle Eingreiftruppe

Die Londoner Sonntagszeitung „The Sunday Times" berichtet in ihrer jüngsten Ausgabe, daß Großbritannien eine schnelle Eingreiftruppe aufbauen will, die insbesondere für Einsätze in Afrika und auf den Antillen bestimmt ist. Das britische Verteidigungsministerium hat jeden Kommentar zu dieser Meldung abgelehnt. Der „Sunday Times" zufolge, wurde der Aufbau dieser Truppe beschlossen, nachdem sich im Falkland (Malvinen)-Konflikt gezeigt habe, daß die britische Armee nicht in der Lage sei, schnell genug in großer Entfernung zu intervenieren.

El Salvador

Todesschwadronen wieder aktiv

Der bei den Wahlen in El Salvador knapp unterlegene rechtsradikale Politiker Roberto d'Aubuisson, der als Chef und Organisator der Todesschwadronen gilt, hat drei Monate nach seiner Wahlniederlage seinen politischen Anhang reorganisiert. Mit einer spektakulären Säuberung seiner Reihen hat er alle Voraussetzungen dafür geschaffen, daß seine ARENA-Partei wieder einheitlich auf ultrarechtem, faschistischem Kurs marschiert.

Aus der ARENA-Partei wurden sämtliche Kritiker herausgesäubert, die den ultrarechten Kurs d'Aubuissons für die Wahlniederlage verantwortlich machten. Auch der bisherige zweite Mann der Partei, Barrera fiel der Säuberung zum Opfer. Es ist zu erwarten, daß der Terror, der von der ARENA-Partei gesteuert, schon tausende Todesopfer gefordert hat, wieder verstärkt losgeht.

Spendenaktion
„Waffen für El Salvador"
Postscheck Berlin/West
288 59 - 107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Terror in der Osttürkei

Hetzjagd auf Kurden

Die Kriegsrechtskommandantur der ostanatolischen Stadt Diyarbakir hat zugegeben, daß in der letzten Zeit in der Osttürkei zahlreiche militärische Operationen gegen die kurdische Bevölkerung in dieser Region gelaufen sind. „Separatistische Aktivitäten" ist der gängige Vorwurf, der von den Militärs als Vorwand für die Terroraktionen genommen wird. Die kurdische Bevölkerung in der Türkei wird von der Militärjunta brutal unterdrückt, hat keinerlei politische, kulturelle Rechte, all ihre Organisationen sind verboten, werden verfolgt.

435 Verhaftungen wegen „separatistischer Aktivitäten" gab die Kriegsrechtskommandantur am vergangenen Freitag bekannt. Während dieser Operation sind Dutzende von Dörfern systematisch durchkämmt worden. Nach Angaben aus der Türkei waren am 15. August „Peschmergas", Partisanen der PKK (Kurdische Arbeiterpartei) aktiv geworden und hatten Gendarmerieeinrichtungen und Militärstützpunkte in Eruh und Semdinli im Südosten der Türkei angegriffen und dabei zwei Soldaten getötet und elf weitere verwundet.

In der türkischen Presse wird seit Wochen über eine Welle von Operationen gegen „Terroristen und Räuber" berichtet. Dabei erschien auch ein Artikel, der unter Berufung auf Informationen der westdeutschen Agentur dpa



Auch vier Jahre nach dem Militärputsch: Terror der Militärs gegen das kurdische Volk in der Türkei (Archivbild)

(Deutsche Presse Agentur) meldete, 4000 türkische Soldaten seien bei der Verfolgung von Kurden bis zu 50 Kilometer weit auf iranisches und irakisches Territorium vorgedrungen. Zwar dementierte die Kriegsrechtskommandantur von Diyarbakir diese Meldung, es wäre aber nicht das erste Mal gewesen, daß die türkische Armee im Einverständnis mit den Regimes von Irak und Iran ihren Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden auch auf fremdem Territorium fortsetzt. Beide Nachbarstaaten der Türkei im Osten, der Iran und der Irak unterdrücken ebenfalls das kurdische Volk und sympathisieren mit dem Vorgehen der faschistischen türkischen Militärs.

In Dayarbarkir, der Provinzhauptstadt des Ostens der Türkei, laufen weiter Massenprozesse. Letzte Informationen gibt es von einem Verfahren ggen die kurdische Organisation KAWA. Der Militärankläger hat für 17 Angeklagte die Todesstrafe beantragt, weitere 168 Angeklagte sollen für ein bis 24 Jahre hinter Gitter. Die meisten Vorwürfe betreffen politische Aktivitäten vor der Zeit des Militärputsches im September 1980.

Israel

Regierung zur Rettung des Zionismus

Nach wochenlangem Hickhack um Posten und Programmdetails hat Israel eine neue Regierung. Einigkeit in den wichtigsten Punkten, wie der Kontrolle des Südlibanon, der Weiterführung der Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten und Raubpolitik an der Bevölkerung zur Finanzierung des zionistischen Expansionismus ist die Grundlage der neuen Regierung. In Details ist man zerstritten wie eh und je — stabil darf sich diese Regierung wirklich nicht nennen.

Acht Parteien gehören der neuen Regierung, weitere acht Listen bilden die zerstrittene Opposition. Da steht die äußerste Rechte mit dem Terroristen Rabbi Kahane und die „Thehiya"-Partei auf der einen, die revisionistische, kommunistische „Demokratische Front" und die „Progressive Friedensliste" auf der anderen Seite, und die erst kurz vor der Regierungsbildung aus Peres' Lager abgesprungene Bürgerrechtsliste MAPAM zwischen allen.

Einig ist sich der Regierungsblock über Maßnahmen, die die *„Sicherheit der israelischen Nordgrenze"* betreffen, nämlich ein ganz langsamer Truppenabzug und der Aufbau israelhöriger Milizen im Südlibanon. Auch das Siedlungsprogramm wird weitergeführt, der Staat Israel wird sich weiter mit allen Mitteln in den besetzten palästinensischen Gebieten breit machen.

Das alles kostet natürlich unheimlich viel Geld. Expansionismus und der Unterhalt der riesigen Militärmaschinerie übersteigt schon lange die Wirtschaftskraft des Landes. 400 Prozent Inflation und ein enormes Zahlungsdefizit soll jetzt durch ein drastisches Sparprogramm abgebaut werden. Der neue israelische Finanzminister Modai nannte die Wirtschaftskrise, *„schlimm, viel schlimmer, als ich mir das vorgestellt hatte"*. Die Abwertung der Landeswährung Schekel um 9 Prozent und die Kürzung der öffentlichen Ausgaben um rund 5 Prozent, die insgesamt vor allem die einfachen Leute treffen werden, reichen aber lange nicht aus, um den Problemen beizukommen.

Aber eine Maßnahme steht noch aus: ein weiterer Bittgang nach Washington. Der Förderer des israelischen Zionismus, der US-Imperialismus wird wieder tief in den Dollar-Sack greifen müssen.

Ministerpräsident Peres hat als erste Tat eine Reise in die USA angekündigt. Die gemeinsame Feindschaft gegen das palästinensische Volk und alle Bestrebungen im Nahen Osten, die Unabhängigkeit vom westlichen Imperialismus und seinem Vorposten, dem israelischen Zionismus wollen, wird die USA schon zu weiterer Hilfe an das bankrotte Staatswesen Israel bringen.

Azania

Keine Ruhe in Südafrika

Die schwere politische Schlappe des südafrikanischen Rassistenregimes, hervorgerufen durch den massiven Wahlboykott bei den Wahlen für nichtweiße Bürger Azanias (Mischlinge und Inder) versucht Staatschef Botha durch kosmetische Operationen zu bereinigen. Erstmals wurden zwei nichtweiße Politiker ins Kabinett berufen. Aber nicht etwa als vollwertige Mitglieder im Ministerrang, sondern als Minderheitenvertreter.

Die Parlamentskammern für Mischlinge und Inder haben keinerlei politische Macht, ihre Vertreter auch nicht. Das hatten große Teile der Bevölkerung erkannt und durch den Wahlboykott kritisiert. Daß außerdem dreiviertel der Bevölkerung des Landes, die schwarze Bevölkerung nämlich, keinerlei politische Rechte hat, soll nach dem Willen der Herrschenden auch so bleiben: Botha sagte, daß es nach der „Reform" mit dem Drei-Kammer-Parlament *„eine vierte Kammer für Schwarze nicht geben"* wird. Über die eingesetzten nichtweißen Politiker im Kabinett äußerte er sich wie folgt: *„Sobald ich einen Farbigen oder Inder finde, der mit allgemeinen politischen Problemen umgehen kann, werde ich nicht zögern, ihn zum Minister zu ernennen"*.

Dieser fanatische Rassismus der Herrschenden bleibt, gerade in den letzten Wochen nicht ohne Antwort. Die langandauernden Schülerunruhen, die Auseinandersetzungen um den Wahlboykott, den Polizei und Militär verhindern wollten, und die Unruhen in den Armenvierteln, wo sich das soziale Elend immer mehr steigerte, haben gezeigt, daß es weiterhin massiven Widerstand gibt. Die vielen Todesopfer, vor allem unter den jugendlichen Schwarzen, haben den Widerstand auch nicht eindämmen können. Im Gegenteil, jede Beerdigung der Opfer wird zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen das Apartheidsregime. Obwohl die Behörden in der Regel nur die engsten Verwandten zu Beerdigungen von Opfern der Staatsgewalt zulassen, kommen immer wieder Tausende. Diese Kundgebungen und Demonstrationen anläßlich der Beerdigungen sind in diesen Tagen in Südafrika immer wieder Kampfansagen an das Rassistenregime von Pretoria.

Schon mehrfach berichtete der Rote Morgen in den vergangenen Wochen über die politische Unterdrückung in Marokko, über die harten Strafen gegen Oppositionelle, über deren Kampf in den Gefängnissen. Unmenschliche Behandlung, skandalöse Haftbedingungen haben die Gefangenen mit einem Hungerstreik beantwortet. Erste Todesopfer hat es gegeben. Während die bürgerliche Presse über die Feierlichkeiten zur Hochzeit der Königstochter berichtete, erreichte uns ein Appell politischer Gefangener aus dem Zentralgefängnis von Marokko. Hier wird nochmals deutlich, daß der Terror sich nicht nur gegen die Festgenommenen richtet, die im Frühjahr die sogenannten Brotunruhen anführten, sondern gegen jegliche politische Opposition gegen das reaktionäre Regime von Marokko.

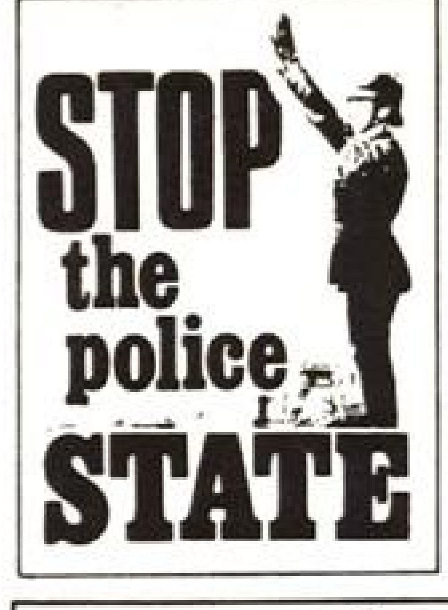
Mitteilung der politischen Gefangenen im Zentralgefängnis Marokkos. AUFRUF, DAS LEBEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN ZU RETTEN, DIE ZUM TODE VERURTEILT SIND.

Am 31. Juli 1984 hat der Gerichtshof von Casablanca äußerst harte Urteile gefällt gegen 71 Bürger, denen Zugehörigkeit zu islamisch-politischen Strömunen vorgehalten wurde. 13 von ihnen wurden zum Tode und 34 zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Mehrheit dieser politischen Gefangenen wurde schon 1982 und 1983 verhaftet und seither an geheimen Orten festgehalten, wo sie während langer Monate physische und psychische Folterungen erleiden mußten. Jeder Patriot und Demokrat kann nicht anders als solche Urteile verurteilen. Übrigens zeichnen sich alle politischen Prozesse in Marokko durch harte, äußerst ungerechte Richtersprüche aus, die von höchster Instanz kommen: Dies gilt besonders für die letzte Reihe von Prozessen von 1984, die in verschiedenen Städten des Landes stattfanden.

Solche Gerichtsurteile sind ein Teil der Unterdrückung, die auf den Volksmassen lastet und stellen unter Beweis, daß von demokratischen Rechten keine Rede sein kann, besonders nicht von der Meinungsfreiheit, der Redefreiheit, der der Glaubensfreiheit. Wir, die politischen Gefangenen, die unterzeichnet haben, rufen dazu auf, das Leben der zu Tode verurteilten politischen Gefangenen zu retten. Wir fordern die Aufhebung all dieser ungerechten Gerichtsurteile. Wir appellieren an die demokratischen Kräfte zu handeln bevor es zu spät ist.

Zentralgefängnis, Kenitra, Marokko
30. 7. 1984
gez. 57 Unterschriften

SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN BRITISCHEN BERGARBEITERN



Eine DIN-A2-große Spendenquittung ist das letzte RM-Poster. Das Plakat, das die streikenden britischen Bergleute gegen die Polizeiübergriffe gemacht haben, gibt es gegen eine Spende von 5 Mark. Davon gehen 3 Mark direkt aus Solidaritätskonto. Das Poster, auf gutem Papier gedruckt, ist zweifarbig und kann bestellt werden bei: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Spenden

(als Scheck oder Postanweisung)
an
National Union of Mineworkers (Kent Area)
Miners Office account 30131703
Waterside House
Cherry Tree Avenue
Dover CT 16 2 NJ, England
oder an Verlag RM
Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321000290,
(BLZ 44050199) Stichwort „Bergarbeiter"

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Dokumentation einer modernen Form von Vampirismus

BLUTERNTE

Am 5. Oktober wird in Frankfurt der Dokumentarfilm „Bluternte" Premiere haben, der das Geschäft mit Blutplasma kritisch darstellt. Erste Informationen über den Film entnahmen wir einer Info-Broschüre der gemeinnützigen „Mathias-Film". Darin heißt es unter anderem:

Bluternte zeigt die verschiedenen Ebenen des „großen Geschäfts mit dem Blut".

Slums sind die bevorzugten Standorte für „Blutbanken", das sind kommerzielle Blutspendezentralen, in denen vorwiegend mittellose Menschen ihr Blut verkaufen.

So werden die Armen zu Rohstofflieferanten der Reichen: 80 Prozent des in „Blutbanken" gewonnenen Blutplasmas werden von Westeuropa, USA und Japan verbraucht — den wohlhabendsten Industrieländern.

Über das hierzulande fast unbekannte Geschäft mit dem Blut, das nicht nur in den Ländern der dritten Welt, sondern auch in den Armenvierteln der nordamerikanischen Großstädte blüht, berichtet der Film unter weitgehendem Verzicht auf Kommentar.

Die aufrüttelnde Dokumentation besteht aus einer Montage von Nachrichten, Fotomaterial, Filmausschnitten, Originalszenen von Vertretern der beteiligten Chemiekonzerne und betroffener Blutspender, den ungleichen Partnern beim „Welthandel mit Blut".

„Wollen Sie wissen, wie Sie noch zusätzlich Geld verdienen können? Werden Sie doch einfach Plasmaspender!", tönt es während einer Autofahrt über die Rundfunkstation in Los Angeles aus dem Radio.

So und ähnlich werben sie, die Blutbanken. „Cash"-Bargeld auf die Hand ermöglicht den Mittellosen, durch den Verkauf ihres Lebenssaftes zu überleben. Menschliches Blut aus den Slums der USA und der dritten Welt, aber auch von Sozialhilfe- und Bafög-Empfängern in der BRD ***wird für bare Münze beim*** *Spender „geerntet" — und damit zur gewinnbringenden Ware.*

Der Handel mit Blutplasma ist ein weltweit organisiertes Millionengeschäft geworden. Auf ein perfekt organisiertes Sammelsystem menschlichen Blutplasmas stießen wir in den USA. Prämiensysteme oder sogenannte Aufwandsentschädigungen locken ein Heer Unterprivilegierter an, für die das Blutspenden zum Beruf geworden ist. Nirgends sonst darf Spendern so viel Blutplasma abgenommen werden. Weit mehr als 300 kommerzielle Blutbanken mit mehr als 300000 registrierten Dauerspendern beliefern die plasmaverarbeitende Industrie. Auch deutsche Konzerne wie Hoechst und Bayer unterhalten dort Tochtergesellschaften. Ein in unserem Film interviewter Manager spricht von den USA als dem „OPEC des Plasmas".



Blutbank in den USA

Längst versorgen nicht mehr ausschließlich karitative Organisationen Kliniken, Armeen, Notfalldepots und Forschungslabors mit den in der modernen Medizin nicht mehr wegzudenkenden Blutprodukten. Multinationale Pharmakonzerne haben diese Markt entdeckt und seit 10 Jahren unter Kontrolle.

„Die Bundesrepublik ist für uns der lukrativste Markt für Plasmaprodukte", verkündet im Film ein Plasmaproduzent. Die BRD ist zudem weltgrößter Blutplasma-Einkäufer.

Das Buch zum Film „Bluternte — Das Blut der Armen für die Wohlfahrt der Reichen" ist in der Reihe rororo-aktuell erschienen. Die Autoren Gerd Fätkenheuer, Hanns-Christoph Koch (die beide auch am Film mitwirkten) und andere haben in Zusammenarbeit mit dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) sich lange mit dem Thema „Welthandel mit Blut" beschäftigt. Das Taschenbuch ist das Ergebnis der intensiven Recherchen. In dem Buch wird auch nachgewiesen, wie westdeutsche Pharma-Unternehmen am Handel mit Blut beteiligt sind.

Bluternte — der Film wird nach der Frankfurter Premiere ab 5. Oktober in verschiedenen Programmkinos zu sehen sein, das Buch **Bluternte** ist bereits im Mai im Rowohlt Verlag als rororo-aktuell 5341 erschienen.

Neue Fernsehserie:

HEIMAT — kein deutsches Dallas!

Eine neue, elfteilige Serie im Fernsehen (ARD) hat am vergangenen Sonntag begonnen. Wer die erste Folge gesehen hat, wird schon gemerkt haben, daß es sich weder um einen Aufguß „bewährter und beliebter Familienserien" des deutschen Fernsehens handelt, noch um ähnlichen Quatsch wie Dallas oder Denver. Die Rede ist von dem Film „Heimat" — ein sechzehnstündiger Film, der in verschieden langen Teilen nun über die Mattscheibe flimmern wird.

Gezeigt wird die fiktive Geschichte der Familie Simon aus dem erfundenen Hunsrück-Dorf Schabbach. Der Film umfaßt einen Zeitraum von 63 Jahren, beginnend 1919, endend 1982. Über fünf Jahre hat das Team und Edgar Reitz daran gearbeitet. „Kreativität, Witz und menschliche Wärme" („Konkret") und vieles andere wird diesem Projekt von Kritikern nachgesagt. Die erste Folge schien das zu bestätigen. Wir möchten diese Serie unseren Lesern empfehlen und zitieren im folgenden Auszüge aus einer weiteren zustimmenden Kritik zu „Heimat", die Peter Schütte am vergangenen Wochenende in der „Frankfurter Rundschau" veröffentlichte. Er hatte die Möglichkeit „Heimat" in Venedig bei den Filmfestspielen 41. Mostra internationale del cinema ganz anzusehen und schrieb ein Loblied auf den Film:

Mit einer erfinderischen Kraft, einer sympathischen Beharrlichkeit und einer ästhetischen Sensibilität, die in der fünfjährigen Produktion und den 282 Drehtagen kaum nachließ, ist Edgar Reitz und (...) Peter Steinbach ein Filmepos gelungen, wie es seinesgleichen in der Kinematographie noch nicht gab.

Es hat die breite Tabu- und Angst-Zone des Schweigens, der Verdrängung, der begriffslosen Dunkelheit, welche sich über die Provinz, den Alltag in Deutschland zwischen dem Ende des Kaiserreichs und der jüngsten Gegenwart erstreckte, mit aller Kraft einer detaillierten Erinnerungs- und Phantasiearbeit, mit dem Blick auf die Ereignisse der Zeit, die direkt oder als Echowirkungen in diesen Mikrokosmos hineinwirken, und der Compassion (Mitleiden, RM) für die Menschen, die an ihnen teilhatten — als Opfer und Täter, Wissende und Unwissende, Gescheiterte und Erfolgreiche, in Glück und Unglück —: es hat diese HEIMAT uns unsere Geschichte von unten endlich einmal erzählt. (...)

Sicher ist HEIMAT in einem Augenblick entstanden, in dem das Vertrauen in und die intellektuelle Gewißheit von der Logik der Geschichte und der Suprematie (Vorherrschaft, RM) politischen Handelns geschwunden sind; in einem Augenblick der allseitigen Bedrohung, welche die Heimat des Menschen, die Erde, jederzeit endgültig vernichten könnte; in einem Augenblick der Orientierungs- und Utopielosigkeit, in dem nicht wenige ein schützendes, chimärisches ***(hirngespinstiges, RM) Dach zum Unterschlupfen suchen. In Edgar Reitz' Film werden sie dieses Dach nicht finden. Wenn wir auch nicht wissen, wohin wir gehen, so ist es doch wichtig zu wissen, woher wir kommen; und dem Verlorenen und Vergangenen sollten wir ein Andenken bewahren. Es war einmal: Heimat. Jetzt haben wir HEIMAT.***

Wenn es in unserem kulturellen Bewußtsein mit rechten Dingen zuging, so müßte man Edgar Ritz' HEIMAT nun z. B. neben Günter Grass' BLECHTROMMEL stellen.

Es gab schließlich auf der 41. Mostra internationale del cinema, die sich auf die unabänderliche Verbindung von Fernsehen und Film etwas zugute hielt, keine Arbeit, die aus dieser Zwangsehe unbeschadet hervorgegangen wäre als Edgar Reitz' knapp sechzehnstündiger Film. Die TV-Möglichkeit zu epischer Breite der Erzählung hat Reitz wie kein anderer genutzt; den autobiographischen Ansatz intensiviert und ins Objektive einer personenreichen, sechzig Jahre umfassenden Erzählung überführt; schließlich hat er technisch-handwerklich seine ästhetische Reflexion nicht von den Beengungen und der Routine des landläufigen Realismus bestimmen lassen.

Wenn es auf dem Lido eine Arbeit gab, welche alle Möglichkeiten des Kinos und des Fernsehens, der Filmgeschichte und -Gegenwart souverän ergriff und zu einer neuen Form zusammenfügte, dann war es einzig Edgar Reitz' HEIMAT.



Szenenfoto aus „Heimat"!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.